

Aus dem Inhalt

Kirchen

EKD-Friedensbeauftragter vermisst Afghanistan-Konzept 3

EKD-Ratsvorsitzender: Islam muss „noch richtig ankommen“ 4

Gesellschaft

Sachsen: Landtagspräsident gegen Entfernung von Kreuzifix 8

Soziales

Diakonisches Werk droht Pflegeeinrichtung mit Rauswurf 15

Kultur

6.000 sahen Pop-Oratorium „Die 10 Gebote“ 26

Medien

ZDF-Journalist Stefan Raue wird neuer MDR-Chefredakteur 29

Entwicklung

UN: Frauenförderung verringert Hunger in der Welt 30

Anglikaner-Oberhaupt: Pakistans politische Stabilität in Gefahr 33

Impressum 37

EKD-Ratsvorsitzender fordert abgestimmte EU-Antwort auf Flüchtlingskrise

epd-Gespräch: Rainer Clos

Frankfurt a.M./Valletta (epd). Die Flucht von Menschen vor den Unruhen in Nordafrika erfordert nach Ansicht des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, eine abgestimmte Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Statt Abwehr und dem Versuch, sich die Menschen vom Hals zu schaffen, sei ein Konzept auf europäischer Ebene gefragt, das den Flüchtlingen eine Perspektive biete, sagte Schneider in einem epd-Gespräch. Dazu gehört Schneider zufolge neben der Einhaltung humanitärer Standards bei Asylverfahren auch eine Integrationsperspektive und Starthilfe bei der Rückkehr in die Herkunftsländer.

Anlässlich eines Besuchs der deutschen evangelischen Gemeinde in der maltesischen Hauptstadt Valletta hatte sich der Ratsvorsitzende am Freitag über die Situation von Flüchtlingen auf Malta informiert. Die Flüchtlinge in dem Lager „Marsa Open Center“, in dem sich vor allem Afrikaner aufhalten, haben Schneider zufolge nur wenig Aussicht auf eine bessere Zukunft. Wenn sich 16 Menschen einen Raum teilten, sei dies noch „luxuriös“, illustrierte er die Zustände. Dennoch unternehme der Leiter des Flüchtlingslagers, ein Pfarrer aus Ghana, enorme Anstrengungen in dieser hoffnungslosen Situation, um durch Bildungsangebote den Flüchtlingen eine bescheidene Perspektive zu bieten.

Sobald das Wetter am Mittelmeer besser werde, rechneten die Gesprächspartner auf Malta mit der Ankunft von Flüchtlingen aus Libyen in großer Zahl, sagte Präses Schneider. Die Strukturen auf dem Inselstaat seien allerdings zu fragil, um einen Flüchtlingsansturm bewältigen zu können. Alle EU-Staaten seien gemeinsam gefordert, die Aufnahme von Schutzsuchenden zu gewährleisten. Damit dürften die südlichen EU-Länder nicht alleingelassen werden.



Nach EU-Angaben sind bisher rund 7.000 Menschen vor den Unruhen in den arabischen Ländern nach Europa geflohen. Die meisten Flüchtlinge seien aus Tunesien auf der Insel Lampedusa, auf Sizilien oder dem italienischen Festland angekommen.

„Wir haben für Flüchtlinge eine Verantwortung - zu dieser müssen wir unmissverständlich stehen“, sagte der EKD-Ratsvorsitzende. Er kritisierte, dass es bisher in der EU nicht gelungen sei, die so genannte Dublin-II-Verordnung zu überarbeiten. Nach dieser Regelung können Flüchtlinge einen Asylantrag nur in dem Land stellen, in dem sie erstmals europäischen Boden betreten haben. Die Folge sei eine unverhältnismäßig große Belastung von Ländern wie Griechenland, Italien oder Malta. Notwendig sei jedoch eine stärkere Verteilung der Lasten.

EKD-Ratsvorsitzender: Flüchtlingen aus Nordafrika helfen

Menschenrechts-Institut: Umwälzungen Chance für deutsche Außenpolitik

Frankfurt a.M. (epd). Vertreter aus Kirche, Politik und Wissenschaft haben die westlichen Staaten an ihre Verantwortung für die Menschen in Nordafrika ermahnt. Die Flucht vor den Unruhen in der Region erfordere eine abgestimmte Flüchtlingspolitik der Europäischen Union, sagte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, am Wochenende in einem epd-Gespräch. Statt Abwehr und dem Versuch, sich die Menschen vom Hals zu schaffen, sei ein Konzept auf europäischer Ebene gefragt, das den Flüchtlingen eine Perspektive biete.

Dazu gehört Schneider zufolge neben der Einhaltung humanitärer Standards bei Asylverfahren auch eine Integrationsperspektive und Starthilfe bei der Rückkehr in die Herkunftsländer: „Wir haben für Flüchtlinge eine Verantwortung - zu dieser müssen wir unmissverständlich stehen.“ Nach EU-Angaben sind bisher rund 7.000 Menschen vor den Unruhen in den arabischen Ländern nach Europa geflohen. Anlässlich eines Besuchs der deutschen evangelischen Gemeinde in der maltesischen Hauptstadt Valletta hatte sich der EKD-Ratsvorsitzende am Freitag über die Situation von Flüchtlingen auf Malta informiert.

Die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Beate Rudolf, sieht in den Umwälzungen in den Ländern Nordafrikas eine Chance für die deutsche Entwicklungs- und Außenpolitik, ihr Handeln noch systematischer an der Menschenrechtspolitik auszurichten. Angesichts zu erwartender Flüchtlingsströme aus der Region forderte Rudolf, den Menschen die Möglichkeit zu geben, Europa überhaupt zu erreichen, um dort Schutz und ein faires Asylverfahren zu bekommen. „Dabei geht es auch um die Glaubwürdigkeit Europas als Gemeinschaft, die auf Menschenrechten beruht“, sagte sie dem epd.

Kirchen

Kirchen

Der Berliner evangelische Bischof Markus Dröge forderte vor dem Hintergrund der Proteste in Libyen wie zuvor auch in Ägypten und Tunesien von der europäischen Politik einen stärkeren Einklang von Wort und Tat. „Die Unrechtsregime wurden über Jahre hinweg hofiert, weil sie die Flüchtlingsströme nach Europa eindämmten, Erdöl lieferten oder für den Tourismus für Bedeutung waren“, sagte Dröge am Samstag im RBB-Hörfunk. Die Europäer sollten daher „selbstkritisch“ in den Spiegel schauen. Wenn Europäer weiter an moralischen Prinzipien vorbei handelten, „verlieren wir zu Recht das Vertrauen der jungen Generation in Nordafrika“.

Der Afrikabeauftragte von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Günter Nooke, warf dem Westen mit Blick auf die Umstürze in der arabischen Welt und Nordafrika Versäumnisse vor. Man habe mit Diktatoren, die dort an der Macht waren, „viel zu lange viel zu freundlich geredet“, sagte Nooke in einem Interview mit der Berliner Wochenzeitung „Das Parlament“. Despoten müsse klar gesagt werden, „dass wir im Zweifel immer auf der Seite der Menschen stehen, die für ihre Freiheit protestieren oder dafür, dass sie genug zu essen haben“, fügte der CDU-Politiker hinzu. Nooke mahnte, deutsche Interessenspolitik im Ausland müsse „immer auch Menschenrechtspolitik und die Förderung von Rechtsstaatlichkeit sein“.

EKD-Friedensbeauftragter vermisst Afghanistan-Konzept

Hofgeismar (epd). Für den Afghanistan-Einsatz gibt es nach Ansicht des Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, weder national noch international ein Konzept. So habe es etwa jahrelang keinerlei Auswertungen des militärischen Einsatzes gegeben, kritisierte Brahms am Samstag bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar (Hessen). Es sei nach wie vor nicht klar, was mit dem Einsatz der Bundeswehr in dem Land eigentlich geplant sei und was erreicht werden solle.

Brahms, der vor kurzem mit einer EKD-Delegation und dem EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider in Afghanistan war, kritisierte ferner die neue offensive Strategie der Internationalen Afghanistan-Schutztruppe ISAF. Diese sei für die Soldaten hoch gefährlich und zudem sehr fragwürdig. Er habe erhebliche Zweifel, ob der Einsatz in Afghanistan friedensethisch legitimiert werden könne. Es handele sich um ein „schwammiges Mandat“, fügte Brahms hinzu, der auch leitender Theologe der Bremischen Evangelischen Kirche ist.

Immerhin gehe der zivile Aufbau im Land auf einem allerdings sehr niedrigen Niveau voran, schilderte Brahms einige positive Aspekte. So sei die Kindersterblichkeit von 256 Fällen pro 1.000 Geburten auf nunmehr 156 Fälle gesunken. Etwa die Hälfte der Kinder könne eine Schule besuchen. Schwierigkeiten gebe es aber nach wie vor in der Wirtschaft. Betrug der Anteil Afghanistans an der Versorgung des Weltmarktes mit Trockenfrüchten früher 80 Prozent, sei er nunmehr auf null gesunken.

Kirchen

Ein sofortiger Abzug der Truppen aus Afghanistan wäre allerdings nicht sinnvoll, schränkte Brahmns ein. Man könne sich aber das kanadische Modell zum Vorbild nehmen, das eine Überprüfung und Auswertung des Einsatzes alle drei Monate vorsehe. So könne überprüft werden, ob vorher gesteckte Ziele auch erreicht würden. Ein einfaches „Weiter so“ in der Afghanistanpolitik entziehe jedoch dem Einsatz seine friedenspolitische Legitimation.

Die frühere EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann hatte in ihrer Neujahrspredigt 2010 den Bundeswehr-Einsatz heftig kritisiert. Vor allem ihr Satz „Nichts ist gut in Afghanistan“ löste eine breite gesellschaftliche Debatte aus.

EKD-Ratsvorsitzender: Islam muss „noch richtig ankommen“

Frankfurt a.M. (epd). Die Debatte um die Äußerungen des neuen Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) zum Islam in Deutschland hält an. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, sagte der „Frankfurter Rundschau“ (Montagsausgabe): „Durch den Glauben der Muslime in Deutschland ist auch der Islam da.“ Als gesprächsfähiger Partner indes stehe er noch „sehr am Anfang“. „Da muss er in der Tat noch richtig ankommen“, sagte Schneider

Kenan Kolat, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, sagte der „Berliner Zeitung“ (Montagsausgabe), unter den islamischen Verbänden hätten die Äußerungen Friedrichs für große Enttäuschung gesorgt. „Wir sind offen für den Dialog, aber wir müssen abwarten, welchen Standpunkt der Minister tatsächlich vertritt“, sagte Kolat

Friedrich hatte am vergangenen Donnerstag wenige Stunden nach seiner Ernennung dem Satz von Bundespräsident Christian Wulff widersprochen, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Dies lasse sich „auch aus der Historie nirgends belegen“, sagte der CSU-Politiker. Zugleich unterstrich er, Muslime in Deutschland gehörten als Bürger selbstverständlich zu diesem Land.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sagte dem am Sonntag ausgestrahlten „Bericht aus Berlin“ in der ARD, mit den Menschen muslimischen Glaubens gehöre auch ihre Religion zu Deutschland, dennoch sei das Land christlich geprägt. „Historisch hat es eine vergleichbare Prägung durch den Islam nicht gegeben“, sagte Gröhe.

Mecklenburgische Pfarrerkandidaten brauchen künftig Führungszeugnis

Schwerin (epd). Als Konsequenz aus den bundesweit bekannt gewordenen Missbrauchsfällen müssen angehende Pastoren in Mecklenburg künftig ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Die Kirchenleitung begrüße die vom Oberkirchenrat getroffene Regelung, teilte die evangelische Landeskirche am Montag in Schwerin mit. In den evangelischen Landeskirchen in Deutschland gibt es bislang noch kein einheitliches Vorgehen.

Seit dem vergangenen Frühjahr wird von den Meldebehörden ein erweitertes Führungszeugnis denjenigen erteilt, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind. Es enthält über das einfache Führungszeugnis hinausgehende Eintragungen über Delikte, wie beispielsweise Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht, Misshandlung von Schutzbefohlenen oder Verurteilungen wegen Besitzes und Verbreitung von Kinderpornografie.

Nach Einführung des erweiterten Führungszeugnisses hatte die Arbeitsrechtliche Kommission der mecklenburgischen Landeskirche es bereits zur Voraussetzung einer Mitarbeit in der Kinder- und Jugendarbeit oder für die Übernahme von kinder- und jugendnahen Tätigkeiten erklärt. „Vikarinnen und Vikare haben ebenfalls oft Kontakt zu Kindern und Jugendlichen, so dass es nur konsequent ist, das entsprechende Zeugnis vorsorglich ebenfalls von diesem Personenkreis abzufordern“, sagte Kirchenrat Matthias de Boor. Bevor evangelische Theologen ein Pfarramt übernehmen dürfen, müssen sie in der Regel ein zweijähriges Vikariat absolviert haben.

Unter den evangelischen Landeskirchen in Deutschland gibt es bislang noch kein einheitliches Vorgehen in der Frage, ob Vikare ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen müssen. So teilte die pommersche Kirche auf Anfrage mit, sie verlange dies bislang nicht von Vikaren, es werde aber darüber nachgedacht. Die badische Landessynode beschäftigt sich im Frühjahr mit einem neuen Pfarrdienstgesetz, nach dem vor der Aufnahme ins Lehrvikariat ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen ist.

Die Evangelisch-reformierte Kirche mit Sitz in Leer hat bereits im vergangenen November Führungszeugnisse für angehende Pastoren verbindlich gemacht. Die württembergische Landeskirche verlangt dies ebenfalls. Die neue Regelung soll den Angaben zufolge bis zur Verabschiedung einer einheitlichen Regelung innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland dienen.

Der Vorsitzende des Verbandes evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer, Klaus Weber, teilte auf Anfrage mit, es sei sicherlich nichts dagegen einzuwenden, wenn die Kirchen auch für Vikare ein erweitertes Führungszeugnis einführen. Voraussetzung sei allerdings, dass sie dies für alle anderen Berufsgruppen auch

Kirchen

vorsehen, die mit Heranwachsenden zu tun haben. Wichtig sei allerdings, dass die Kirchen durch eine gute Studienbegleitung und später in der Personalführung künftig noch stärker darauf achten, „wo Fehlentwicklungen in der Persönlichkeit sichtbar werden und entsprechende Maßnahmen dann ergreifen“.

„Die Kraft dieser Sprache wollen wir erhalten“

Drei Fragen an den Alttestamentler Christoph Levin zur Durchsicht der Lutherbibel
epd-Gespräch: Friederike Lübke

München (epd). Die überarbeitete Lutherbibel wird nach Ansicht des Theologieprofessors Christoph Levin eine religiöse Sprache behalten. „Wir bleiben stärker an der Ausgangssprache orientiert statt an der Zielsprache wie manche neueren Übersetzungen“, sagte der Münchner Alttestamentler in einem epd-Gespräch.

Im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wird gegenwärtig der Text der Lutherbibel durchgesehen und leicht überarbeitet. Levin gehört dem vom Rat der EKD 2010 berufenen Lenkungsausschuss für dieses Projekt an. Die letzte Revision der Lutherbibel stammt aus dem Jahr 1984. Die durchgesehene Lutherbibel soll noch vor dem Reformationsjubiläum 2017 vorgestellt werden.

epd: Herr Levin, warum braucht die evangelische Kirche eine aktualisierte Ausgabe des Buches der Bücher?

Christoph Levin: Man kann die Lutherbibel nicht über Jahrzehnte ohne Durchsicht lassen. Die Exegese ist nicht stehen geblieben. An manchen Stellen haben wir auch neue Einsichten in die Textgrundlage gewonnen. Das muss für den Wortlaut berücksichtigt werden. Auch die katholische Einheitsübersetzung wird gerade überarbeitet. Der Zeitpunkt für eine Durchsicht ist günstig. Wir sind heute wieder konservativer als frühere Generationen. Wir sind vorsichtiger geworden, Änderungen anzubringen. Wir lernen den ursprünglichen Luthertext neu schätzen und erkennen, wie erstaunlich nahe er dem hebräischen und griechischen Ausgangstext steht.

epd: Wie wird sich der Bibeltext verändern?

Levin: Die Änderungen werden sich in ganz engen Grenzen halten, denn im Gegensatz zu einer Revision muss bei einer Durchsicht jede Abweichung begründet werden. In den Arbeitsgruppen wird abgestimmt. Die Beweislast liegt bei den Veränderungen. Im Zweifel wird die jetzige Fassung beibehalten.

Es ist darum auch gut, dass wir im Team arbeiten. Wenn es um die Bibel geht, ist kein Platz für Sondermeinungen und persönliche Eigenheiten. Es kann vorkommen, dass wir auch semantische Änderungen erwägen. In Jeremia 6,23 gab Luther ein bestimmtes Wort mit „Schild“ wieder. Wahrscheinlich ist aber eine

Art Schwert gemeint. Das wissen wir aus dem Vergleich mit altorientalischen Texten, die Luther noch nicht zur Verfügung hatte. Eine solche Änderung macht den Text genauer, wird aber kaum zu bemerken sein, weil der Rhythmus und der Gesamtsinn erhalten bleiben. Außerdem überprüfen wir die Stellung und den Wortlaut der Zwischenüberschriften, die fettgedruckten Kernstellen und die Verweise auf andere Bibelstellen, die es im Original ja alle nicht gibt.

epd: Was wird das Besondere an dieser neuen Lutherbibel sein?

Levin: Wir bleiben stärker an der Ausgangssprache orientiert statt an der Zielsprache wie manche neueren Übersetzungen. Wir haben heute gelernt, dass es eine Standardsprache nicht gibt. Deshalb bemühen wir uns nicht mehr um jeden Preis, die Gegenwartssprache zu treffen.

Die Bibel bezieht sich auf Erfahrungen, die über den Alltag und die Gegenwart hinausgehen. Die Sprache darf das zu erkennen geben und durchaus eine religiöse Sprache sein, wie es bei der Lutherbibel der Fall ist. Luther hatte einen vorzüglichen Sinn für Satzstellung und Rhythmus. Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus dem Neuen Testament. Sollen wir übersetzen: „Die Liebe ist des Gesetzes Erfüllung“, oder „Die Liebe ist die Erfüllung des Gesetzes“? Die zweite Möglichkeit folgt eher unserem heutigen Sprachgebrauch. Dennoch ist die erste schöner - und zugleich evangelischer, denn sie betont die Erfüllung, nicht das Gesetz. Die Kraft dieser Sprache wollen wir erhalten. Sie ist die religiöse Heimat der evangelischen Christen.

Kardinal Kasper sieht „wesentliche Fortschritte“ in der Ökumene

Wolfenbüttel (epd). Der ökumenische Dialog hat nach Einschätzung des katholischen Theologen Walter Kasper in den vergangenen Jahrzehnten wesentliche Fortschritte gemacht. Der Kardinal und ehemalige Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen begründet dies unter anderem mit der Erklärung von elf christlichen Kirchen in Deutschland im Jahr 2007 zur gegenseitigen Anerkennung der Taufe. In einem Geleitwort für ein Buch des evangelisch-lutherischen Landesbischofs Friedrich Weber aus Braunschweig ruft Kasper dazu auf, den eingeschlagenen Weg mit Geduld und Mut weiterzugehen.

Kasper sieht auch in der Zusammenarbeit in gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen eine erfreuliche Annäherung. Durch ihre Äußerungen zu diesen Themen leisteten die Kirchen einen wichtigen Dienst für das Gemeinwohl. Das Buch von Weber ist unter dem Titel „Zeitansage - Texte zur ökumenischen Situation“ im Verlag Otto Lembeck in Frankfurt/Main erschienen. Es enthält unter anderem Vorträge, Predigten und Berichte des braunschweigischen Bischofs zum Miteinander von Protestanten und Katholiken. Weber ist Vorsitzender der Arbeits-

Kirchen

gemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland und Catholica-Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen muss nach den Worten Webers „immer wieder mit Leben erfüllt“ werden. Pflichtgemäß strittige Fragen abzuhaken sei zu wenig. Ökumenisches Engagement gehört nach Auffassung des Catholica-Beauftragten naturgemäß zum Leben von Gemeinden und Kirchen dazu und bedarf keiner eigenen Begründung.

Hinweis: Friedrich Weber: Zeitansage - Texte zur ökumenischen Situation, Verlag Otto Lembeck Frankfurt am Main 2011, 411 Seiten, 24,80 Euro

Sachsen: Landtagspräsident gegen Entfernung von Kruzifix

Dresden (epd). In dem nun auch in Sachsen aufgebrochenen Streit über Kruzifixe in Parlamentsräumen lehnt Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) eine Entfernung ab. Der Saal mit dem strittigen Holzkreuz, in dem auch Ausschusssitzungen abgehalten werden, sei ein Saal der Unionsfraktion, teilte Rößler am Montag in Dresden mit. Dies habe er der SPD auf Basis eines Gutachtens des Justitiariats bereits mitgeteilt. Ein ähnlicher Fall hatte bereits vor zwei Wochen im brandenburgischen Landtag für einen Disput gesorgt.

Da der Saal zum Raumkontingent der Unionsfraktion gehöre, obliege ihr die Vergabe für öffentliche Veranstaltungen und damit die Entscheidungsbefugnis über das Kruzifix, sagte eine Landtagssprecherin. Zudem stehe das Kreuz für überkonfessionelle Werte und Normen der abendländischen Kultur. Das Gestaltungsrecht der CDU werde von der Landtagsverwaltung als Ausdruck der positiven Religionsfreiheit geachtet.

Die SPD-Fraktion fordert die Entfernung des Kreuzes im CDU-Sitzungssaal zu bestimmten Veranstaltungen wie Anhörungen oder Ausschusssitzungen. An diesen nehmen auch Mitglieder anderer Parteien oder Gäste teil. Das Kreuz hängt dort bereits seit 1993. SPD-Fraktionschef Martin Dulig verweist auf das Neutralitätsgebot für öffentliche Gebäude. Die Sozialdemokraten drängen den Angaben zufolge bereits seit Mitte 2010 auf die Entfernung. Die CDU-Fraktion lehnt das Ansinnen ab.

Auch der Evangelische Arbeitskreis der CDU hat sich strikt gegen eine Entfernung des Kreuzes ausgesprochen. Aus der Forderung der SPD spreche ein „immenses Maß an intellektueller Kleingeistigkeit“, sagte Landesvorsitzender Hans Beck. Die Sozialdemokraten ignorierten die Wurzeln des hiesigen Kulturkreises. Da diese im Christentum lägen, sei ein Kruzifix in öffentlichen Gebäuden gerechtfertigt.

Kirchen

Gesellschaft

Wissenschaftler: Muslime im Westen sollen Koran neu interpretieren

Wittenberg (epd). Muslime außerhalb der arabischen Welt sollten nach Ansicht des Islamwissenschaftlers Rauf Ceylan ihre Chance für eine neue Interpretation des Korans nutzen. „Es gibt viele Themen, die Menschen in der Diaspora betrachten könnten“, sagte der Professor für Religionswissenschaft der Universität Osnabrück am Freitag auf einer Tagung zum Thema „Reformation und Freiheit“ in Wittenberg. Dazu gehörten etwa der ungleiche Zugang von Männern und Frauen zu Ämtern im Islam, das traditionelle Rechtssystem, die Beziehung zu Nicht-Muslimen und auch die Freiheit, sich vom Glauben ganz abzuwenden.

Zugleich forderte Ceylan den Aufbau entsprechender Lehrstühle in Deutschland. „Es ist wichtig, den Islam auch im europäischen Kontext zu lehren“, sagte der Wissenschaftler. Religion „passiere nicht im luftleeren Raum“, sondern müsse immer im jeweils aktuellen Kontext gesehen werden. Ceylan bildet seit kurzem an der Universität Osnabrück islamische Religionslehrer und Imame aus.

Auf dem Symposium in der Wittenberger Leucorea hatten neben Ceylan auch Professor Friedrich Wilhelm Graf von der Ludwig-Maximilians-Universität München als evangelischer Theologe sowie der frühere Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Joachim Meyer, zur Frage „Wie frei ist der Mensch?“ referiert. Veranstaltet wurde es vom Auswärtigen Amt gemeinsam mit der Geschäftsstelle „Luther 2017“ und der Geschäftsstelle der Evangelischen Kirche in Deutschland in Wittenberg.

Religionswissenschaftler: Islamischer Religionsunterricht wichtig für Spracherwerb

epd-Gespräch: Stephanie Höppner

Wittenberg (epd). Islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen kann nach Ansicht des Osnabrücker Religionswissenschaftlers Rauf Ceylan das Erlernen der deutschen Sprache fördern. „Studien in den Niederlanden haben gezeigt, dass für viele muslimische Familien die Institution Schule ein fremder Ort geblieben ist“, sagte der Hochschulprofessor in einem epd-Gespräch in Wittenberg. Durch die Einführung von islamischem Religionsunterricht würden sich viele Eltern deutlich stärker engagieren, was wiederum dem Spracherwerb aller Familienmitglieder zu Gute käme.

„Der Religionsunterricht ist eine Möglichkeit, um miteinander in den Dialog zu treten“, sagte Ceylan, der seit kurzem 30 Imame an der Osnabrücker Universität ausbildet. Sie gilt als bundesweit einmalige Imamweiterbildung und soll 2012 in einen Bachelor- und Masterstudiengang münden.

Gesellschaft

Gesellschaft

Zudem würden besonders introvertierte muslimische Schüler im Religionsunterricht häufig „aufblühen“, sagte er. Auch dies würde sich positiv auf die Bereitschaft auswirken, die deutsche Sprache zu erlernen.

Gleichzeitig sei der Unterricht auch ein Ort, an dem Inhalte kritisch hinterfragt werden könnten, ergänzte der Wissenschaftler. „Wenn man sich überlegt, wo Religion zur Zeit gelebt wird, nämlich in den Familien oder in den Moscheen, dann existiert dieser Raum noch nicht.“ Ceylan betonte aber, dass es wichtig sei, Jugendlichen auch die Möglichkeit zu bieten, Zweifel zu äußern.

Für die Umsetzung des Unterrichts hält er die Etablierung einer unabhängigen Religionsgemeinschaft für wichtig. Dennoch werde der Islam eine Religion der „unterschiedlichen Strömungen“ bleiben. „Man kann nicht alles konsensualisieren“, sagte er. In Deutschland ist für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts ein direkter Ansprechpartner auf Seiten der muslimischen Verbände notwendig. Diesen gibt es jedoch bislang nicht.

Ceylan hält zudem eine Erweiterung der Ausbildung von Imamen und muslimischen Religionslehrern in Deutschland für unabdingbar. „Wir brauchen mehr Nachwuchs für eine ernstzunehmende wissenschaftliche Community.“ Wichtig sei es auch, über die traditionellen Bereiche wie Schule und Moscheen hinaus zu blicken. „Wir brauchen die ausgebildeten Leute auch für die Seelsorge, die Bundeswehr und für Ethik-Diskussionen, wie über Sterbehilfe zum Beispiel“, sagte er.

Hessen: Landesregierung distanziert sich von Muslimverband DITIB

Frankfurt a.M. (epd). Die hessische Landesregierung sieht den Antrag der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ (DITIB) auf Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts kritisch. „Ein Religionsunterricht, dessen Grundsätze wesentlich durch einen anderen Staat beeinflusst sind, entspricht nicht dem Grundgesetz“, sagte der Integrations-Staatssekretär Rudolf Kriszeleit (FDP) auf einer Veranstaltung des hessischen DITIB-Landesverbandes am Samstag in Schmitten bei Frankfurt. Der DITIB werde eine besondere Nähe zum staatlichen Religionsamt der Türkei nachgesagt.

Kriszeleit wies darauf hin, dass nicht der neutrale Staat, sondern die Religionsgemeinschaften den Inhalt religiöser Bekenntnisse bestimmen. Daher könnten auch ausländische Staaten nicht die Grundsätze von Religionsgemeinschaften festlegen, nach denen der Religionsunterricht erteilt werden muss. Über den im vergangenen Januar von DITIB eingereichten Antrag, von der Landesregierung als „verlässlicher Kooperationspartner“ zur Einführung eines islamischen Religi-

onsunterrichts anerkannt zu werden, sei aber noch nicht entschieden. Er werde derzeit im Kultusministerium geprüft.

Hessen strebt nach den Worten von Kriszeleit die Einführung eines bekenntnisorientierten Islam-Unterrichts für die rund 60.000 muslimischen Schüler bis spätestens Sommer 2013 an. Sollte dies mangels Partner nicht möglich sein, werde es im Fach Ethik eine „verpflichtende, religionskundliche Unterweisung“ im Islam geben. Die DITIB ist mit bundesweit rund 900 Mitgliedsvereinen die größte islamische Organisation in Deutschland. Organisatorisch und personell gilt sie als eng mit der staatlichen türkischen Religionsbehörde verbunden. Nach eigenen Angaben hat der hessische Landesverband 12.000 eingetragene Mitglieder.

Neben DITIB hat der Verein Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland im vergangenen Januar die Trägerschaft für einen islamischen Religionsunterricht in Hessen beantragt. Zwei weitere muslimische Verbände, der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) und der Zentralrat der Marokkaner in Deutschland, haben ebenfalls Interesse bekundet, aber nach Angaben des Kultusministeriums keine Absichtserklärungen abgegeben.

Die CDU/FDP-geführte Landesregierung sprach sich vor zwei Jahren im Koalitionsvertrag für einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht aus. Auch alle Fraktionen im Landtag befürworteten dessen Einführung. Dafür wurde im Jahr 2009 ein Runder Tisch eingerichtet. Schwierig gestaltete sich aber die Suche nach einem offiziellen Partner. Eine Arbeitsgruppe hat im vergangenen Jahr begonnen, einen Lehrplan aufzustellen. Bisher bietet allein die Gruppe der Aleviten einen islamisch-konfessionellen Religionsunterricht in Hessen an.

Menschenrechtsinstitut: Entwicklung in Nordafrika Chance für Politik

epd-Gespräch: Ann Kathrin Sost

Berlin (epd). Die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Beate Rudolf, sieht in den Umwälzungen in den Ländern Nordafrikas eine Bestätigung der Arbeit ihrer und ähnlicher Institutionen. Die Revolutionen seien ein „klarer Beweis für die Universalität der Menschenrechte“, sagte Rudolf dem epd anlässlich des zehnjährigen Bestehens ihres Instituts in Berlin. Das Deutsche Institut für Menschenrechte nahm als gemeinnütziger, politisch unabhängiger Verein am 8. März 2001 seine Arbeit auf.

Die Entwicklungen in diesen Ländern sieht Rudolf als Chance für die deutsche Entwicklungs- und Außenpolitik, ihr Handeln noch systematischer an der Menschenrechtspolitik auszurichten. Angesichts zu erwartender Flüchtlingsströme aus der Region forderte Rudolf, den Menschen die Möglichkeit zu geben, Europa überhaupt zu erreichen, um dort Schutz und ein faires Asylverfahren zu bekommen.

„Dabei geht es auch um die Glaubwürdigkeit Europas als Gemeinschaft, die auf Menschenrechten beruht“, betonte sie.

Das Thema der Menschenrechte sei in Deutschland inzwischen etabliert, bilanzierte die Instituts-Direktorin. Es sei mittlerweile ins Bewusstsein gedrungen, dass Fragen der Menschenrechte auch innenpolitische Fragen seien. Bei Fragen etwa der Sicherheitspolitik oder der Diskriminierung zum Beispiel wegen Behinderung müsse aber auch weiterhin immer wieder auf die Einhaltung der Menschenrechte hingewiesen werden.

Das Thema Armut bezeichnete Rudolf als ein wichtiges künftiges Thema ihres Instituts. Die Frage, was der Ausschluss armer Menschen aus der Bereichen der Gesellschaft bedeute, berühre auch die Frage der Menschenrechte. Als weitere wichtige Aufgabe nannte Rudolf die Menschenrechts-Bildung: „Ein Staatswesen achtet die Menschenrechte nur dann, wenn sie auch im Bewusstsein der Bevölkerung und bestimmten Berufsgruppen verankert sind.“ Zu diesen Gruppen zählten unter anderem die Polizei, die Bundeswehr und die Pflegebranche. Aber auch in Schulen müsse noch mehr getan werden.

Deutsches Institut für Menschenrechte

Berlin (epd). Das Deutsche Institut für Menschenrechte feiert am 8. März seinen zehnten Geburtstag. Im Dezember 2000 stimmten die Abgeordneten des Bundestags einstimmig für die Gründung. Hintergrund sind die 1993 von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Pariser Prinzipien“. Sie empfahlen den Mitgliedsstaaten die Einrichtung eines nationalen Menschenrechtsinstituts.

Das Institut für Menschenrechte ist ein gemeinnütziger, politisch unabhängiger Verein. Finanziert wird es aus Mitteln der Bundesministerien für Justiz, Entwicklung und Arbeit sowie dem Auswärtigen Amt. Direktorin ist seit dem 1. Januar 2010 die Staats- und Völkerrechtlerin Beate Rudolf.

Zu den Aufgaben des Instituts und seinen rund 35 Mitarbeitern gehört die Forschung und Information über Menschenrechte, die Beratung von Politik und Gesellschaft sowie die menschenrechtsbezogene Bildungsarbeit. Zu den Schwerpunkten zählen unter anderem die Themen Diskriminierung, Menschenrechte von Flüchtlingen und Migranten sowie heutige Formen der Sklaverei. Menschenrechtsfragen werden vor allem bezogen auf Deutschland, die Europäische Union und den Europarat bearbeitet.

2008 wurde das Institut von der Bundesregierung beauftragt, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland zu begleiten. Das Übereinkommen ist seit März 2009 für Deutschland verbindlich.

Gesellschaft

Christliche Initiativen mit Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet

Göttingen (epd). Zwei christliche Friedensinitiativen sind am Samstag mit dem Göttinger Friedenspreis 2011 geehrt worden. Die mit insgesamt 3.000 Euro dotierte Auszeichnung wurde in der Göttinger Universität zu gleichen Teilen an die Gruppe „Ohne Rüstung leben“ und die „Arbeitsgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ verliehen. Damit werde das langjährige praktische und wissenschaftliche Engagement der beiden Gruppen gegen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte gewürdigt, teilte die „Stiftung Dr. Roland Röhl“ mit. Sie vergibt den Friedenspreis seit 1999.

Für beide Initiativen bedeute Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg, betonte die Stiftung in der Verleihungsurkunde: „Frieden entsteht durch die Entwicklung menschenwürdiger Lebensverhältnisse für alle Menschen - auch für zukünftige Generationen.“ Den Preisträgern gehe es darum, Perspektiven für das gewaltfreie Austragen von Konflikten ohne Waffen zu entwickeln. Ihre Arbeit gründe auf der Einsicht, dass Rüstung keine politischen Probleme löse, weil sie deren Ursachen nicht beseitige. Waffen böten letztlich keinen Schutz, sondern seien eine Bedrohung. Offenkundig werde dies, wo zerstört werde, was eigentlich verteidigt werden solle.

Bernhard Moltmann von der evangelisch-katholischen Arbeitsgruppe Rüstungsexporte kritisierte bei dem Festakt die Informationspolitik der Bundesregierung zu Rüstungstransfers als mangelhaft. Es bleibe offen, warum die Regierung abweichend oder gar im Widerspruch zu normativen oder politischen Vorgaben einzelnen Rüstungsgeschäften in Krisen- und Konfliktregionen zugestimmt habe. „Umso größer ist die Aufregung, wenn bei Konflikten wie jüngst in Ägypten auf Fernsehbildern Lastwagen, Panzer oder Gewehre deutscher Herkunft zu identifizieren sind.“

Der württembergische evangelische Pfarrer Paul Russmann von der Initiative „Ohne Rüstung Leben“ bezeichnete seine Gruppe als „Organisation der vielen kleinen Leute“. Bis heute hätten fast 30.000 Frauen und Männer eine Selbstverpflichtung unterzeichnet, ohne den Schutz militärischer Rüstung leben zu wollen und Frieden ohne Waffen politisch zu entwickeln. In Schule und Kirche, auf der Straße oder vom Schreibtisch aus gingen sie „die nächsten Schritte auf dem langen Weg zu einem Leben frei von Rüstung“.

Stifter des Friedenspreises war der 1997 gestorbene Göttinger Wissenschaftsjournalist Roland Röhl, der sich vor allem mit Fragen der Sicherheitspolitik und Friedensforschung befasste. Die Auszeichnung ging bisher unter anderem an die Organisation Pro Asyl, den SPD-Politiker Egon Bahr und die Gesellschaft für bedrohte Völker.

Gesellschaft

Afrikanischer Klimaexperte warnt vor Problemen durch Bio-Benzin

epd-Gespräch: Jörg Nielsen

Oldenburg (epd). Der Klimaexperte Ro Alognon aus dem westafrikanischen Togo hat die Zurückhaltung deutscher Autofahrer beim neuen Benzin E10 begrüßt. Zur Produktion des Bio-Sprits gingen in den Ländern des Südens riesige Flächen für den Anbau von Lebensmitteln verloren, sagte er am Samstag in Oldenburg dem epd: „In Afrika, Asien und Lateinamerika führt dies schon jetzt zu Landraub, Hunger und Konflikten.“ Alognon ist Bildungsreferent des Ökumenischen Zentrums in Oldenburg und hat in Bremen Soziologie und Internationale Politik mit dem Schwerpunkt Klima- und Entwicklungspolitik studiert.

Seit Januar werden nach einer Bundesverordnung an deutschen Zapfsäulen dem Benzin zehn Prozent Bio-Treibstoff beigemischt. Ziel ist der Klimaschutz. Der Treibstoff wird aus Abfällen und Nebenprodukten der Landwirtschaft hergestellt. Das Angebot ist umstritten, weil nicht alle Fahrzeuge den neuen Treibstoff vertragen.

Tatsächlich sei die Europäische Union jedoch nicht in der Lage, ausreichende Mengen an Bio-Sprit zu produzieren, sagte Alognon. Deshalb müssten in großen Mengen eigens angebaute Ölsaaten wie die Jatropha-Nuss vor allem auf dem afrikanischen Markt hinzugekauft werden. Allein zwischen 2006 und 2009 seien in Afrika, Asien und Lateinamerika zusammen 50 Millionen Hektar Land für die Herstellung von Agrar-Sprit aufgekauft worden. Die Fläche ist größer als Deutschland, Österreich und die Schweiz zusammen. Sie fehle zur Versorgung der Bevölkerung mit Getreide.

„Die Idee, Agro-Treibstoffe böten langfristig eine Alternative zum Erdöl, ist absurd“, betonte der Experte. Um die aktuell verbrauchte fossile Energie durch pflanzliche Rohstoffe zu ersetzen, sei das 1,6-fache der weltweiten Ackerflächen nötig. Er begrüße es, wenn die Bundesregierung und die europäischen Staaten mit Bio-Sprit das Klima schützen wollten, betonte Alognon: „Aber wenn Europa Bio-Sprit haben will, dann soll Europa dafür sorgen, dass er auch in Europa hergestellt wird.“

Jecke Globalisierungskritiker im Kölner Karneval

Köln (epd). Jecke Globalisierungskritiker haben auf einem „Zug vor dem Zug“ am Rosenmontag in Köln Gefährdungen für die Demokratie karnevalsgetreu thematisiert. Unter dem Motto „Dat looße mer uns nit beaten!“ sei eine Demokratie-Großpuppe zunächst von einer mehrköpfigen Wirtschafts- und Polithydra attackiert worden, erklärte das globalisierungskritische Netzwerk Attac am Montag in Köln. In einem zweiten Teil des Pappnasen-Aufzuges hätten immer mehr aufwachende

Gesellschaft

Michel die Demokratie verteidigt. Am Ende sei dann die Profitgier am Pranger durch die Straßen gezogen worden.

An dem Zug vor dem Zug beteiligten sich nach Angaben von Attac rund 50 G8-Pappnasen. Das Motto der jekken Globalisierungskritiker nahm das offizielle kölsche Karnevalsmotto „Köln hat was zu beaten!“ auf. Der Zug der Globalisierungskritiker vor dem offiziellen Rosenmontagszug fand bereits zum fünften Mal statt.

Internet: www.attac-koeln.de; www.g8-pappnasen.de

Diakonisches Werk droht Pflegeeinrichtung mit Rauswurf

Hannover (epd). Die Diakonie in Niedersachsen will hart gegen Lohnrückerei in den eigenen Reihen vorgehen. Der hannoversche Diakonie-Direktor Christoph Künkel kündigte dem Trägerverein Wichernstift am Freitag den Ausschluss aus dem Diakonischen Werk an, falls die Pflegeeinrichtung nicht zum kirchlichen Arbeitsrecht zurückkehre. Damit droht erstmals seit mehr als zehn Jahren einer Mitgliedseinrichtung der Rauswurf. Die beiden Gesellschaften des Wichernstiftes zahlen nach einer Insolvenz nicht mehr nach dem kirchlichen Arbeitsrecht.

Gemeinsam mit der katholischen Caritas gehöre die evangelische Diakonie zu denjenigen Anbietern, die noch vergleichsweise hohe Löhne zahlten, betonte Künkel. Das Lohnniveau liege bei den kirchlichen Sozialverbänden rund 20 bis 30 Prozent über dem der privaten Anbieter. Das Diakonische Werk der hannoverschen Landeskirche umfasst drei Viertel Niedersachsens. Ihm gehören nach eigenen Angaben 144 Alten- und Pflegeheime mit 11.700 Plätzen an, hinzu kommen 3.100 Altenwohnungen für betreutes Wohnen.

Im Wichernstift stehe in Kürze ein Gespräch zwischen dem Trägerverein, dem Diakonischen Werk und den Mitarbeitenden an, um Lösungen zu besprechen, sagte Künkel. Der Geschäftsführer des Wichernstiftes, Jörg Emken, war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Im November vergangenen Jahres hatte Emken beim Amtsgericht Delmenhorst wegen einer drohenden Überschuldung die Insolvenz der Einrichtung mit 100 Mitarbeitern angemeldet. Mittlerweile gab es einen Neustart des Altenheimes in einer Auffanggesellschaft. Nach Aussagen der Mitarbeitervertretung hat das Wichernstift die Löhne um 20 Prozent gedrückt. Geschäftsführer Emken sprach von elf Prozent.

Künkel will auch die Diakonische Altenhilfe in Lilienthal bei Bremen wieder auf die Linie des Dachverbandes bringen. Seit fünf Jahren senkt die Einrichtung die Personalkosten durch Leiharbeit. Diakonie-Direktor Künkel nannte dies einen

Gesellschaft

Soziales

Fehler: „Leiharbeit geht nicht.“ Wenn sich bis Jahresende nichts ändere, werde der Verband diese Einrichtung aus der Diakonie ausschließen.

Behindertenbeauftragter beklagt Benachteiligung bei Hartz IV

Berlin (epd). Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Hubert Hüppe (CDU), hat eine Benachteiligung von Behinderten bei Hartz-IV-Zahlungen kritisiert. „Es ist weder nachvollziehbar noch gerecht, dass behinderte Menschen schlechter gestellt werden als über 25-jährige Hartz-IV-Bezieher, die noch bei ihren Eltern wohnen“, sagte Hüppe dem Berliner „Tagesspiegel“ (Montagsausgabe).

Deshalb sei eine schnelle Überprüfung der Hartz-IV-Regelsätze für erwerbsgeminderte behinderte Menschen über 25 Jahren nötig. „Die Prüfung darf nicht eine Ewigkeit dauern. Wir sollten zügig eine Entscheidung treffen, bevor die ersten Kläger vor die Sozialgerichte ziehen“, sagte der CDU-Politiker. Es bestehe das Risiko, dass ein Gericht die aktuelle Regelung kippe.

Im Hartz-IV-Vermittlungsverfahren hatten Regierung und Opposition vereinbart, die neue „Regelbedarfsstufe 3“ zu überprüfen. Danach sollen Behinderte, die mit anderen in einem gemeinsamen Haushalt leben, 291 Euro als Regelsatz erhalten. Das sind 80 Prozent des vollen Hartz-IV-Regelsatzes von 364 Euro und damit 73 Euro im Monat weniger.

Nichtbehinderte Hartz-IV-Empfänger, die im Alter von über 25 Jahren noch bei ihren Eltern wohnen, erhalten hingegen 100 Prozent. Diese Ungleichbehandlung hält das Bundesarbeitsministerium dem Zeitungsbericht zufolge für gerechtfertigt, weil es Sonderregelungen wie zusätzliche Zahlungen bei schweren Gehbehinderungen gibt. Außerdem könnten Betroffene bei den Sozialhilfeträgern den vollen Regelsatz beantragen, wenn dies wirtschaftlich begründet ist.

Nach Angaben des Behindertenbeauftragten gab es 2009 geschätzte 37.000 erwerbsunfähige Menschen mit Behinderungen im Alter von 18 bis 65 Jahren, die mit anderen Menschen zusammenwohnten. Hüppe spricht sich für den vollen Regelsatz von 364 Euro für die Gruppe aus.

Direktor von Stiftung Neuerkerode warnt vor Risiko bei UN-Konvention für Menschen mit Behinderung

Neuerkerode (epd). Die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung ist nach Auffassung des Direktors der Evangelischen Stiftung Neuerkerode, Rüdiger Becker, ein wichtiger Beitrag zur Akzeptanz Behinderter. Sie enthalte aber auch das Risiko, dass sich schleichend das Prinzip der Kostensenkung durchsetze, schreibt

der Leiter einer der größten Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung in Norddeutschland in der neuesten Ausgabe der „Neuerkeröder Blätter“.

Becker befürchtet, dass einigen Behinderten kein größeres Maß an Verantwortung zugemutet werden könne. Sie seien gar nicht in der Lage dazu, weil sie neben aller Selbstbestimmung auf fürsorgliches Handeln anderer angewiesen seien. In Neuerkerode leben rund 800 Menschen mit geistiger Behinderung, darunter ein großer Teil Schwerst- und Mehrfachbehinderte.

Neuerkerode wird sich Becker zufolge dennoch daran beteiligen, einen „inklusiven Lebensraum“ für die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen zu entwickeln. Für den Heimbeirat, den die Stiftung als „Bürgervertretung“ bezeichnet, sei Neuerkerode „ein Ort, um ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken“, sagte Becker. Dies entspreche den Forderungen der UN-Konvention.

Das 2006 bei der UN-Generalversammlung in New York verabschiedete und 2008 in Kraft getretene Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist ein bis 2010 von 97 Staaten und der EU ratifizierter völkerrechtlicher Vertrag. Er konkretisiert die Menschenrechte für die Lebenssituation behinderter Menschen, um ihnen die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Rösler startet bundesweite Kampagne für Organspenden

Bundeszentrale: Nur jeder vierte trägt Spenderausweis

Hannover (epd). Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) hat am Montag eine bundesweite Aufklärungskampagne zur Organspende gestartet. „Je besser die Menschen über das Thema Organspende informiert sind, desto eher sind sie bereit, einen Organspendeausweis auszufüllen“, sagte er bei der Auftaktveranstaltung in der Medizinischen Hochschule Hannover. Bei der Informationstour „Organpate werden“ ziehen Mitarbeiter der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durch ganz Deutschland und machen Station in Kliniken, Einkaufszentren oder bei Großveranstaltungen.

Nach Angaben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wären drei Viertel der deutschen Bevölkerung grundsätzlich bereit, Organe und Gewebe zu spenden. Doch nur ein Viertel habe einen Ausweis ausgefüllt. In der Statistik liegen die Bundesländer Hamburg und Nordrhein-Westfalen mit mehr als 30 Prozent an der Spitze. Schlusslicht ist Sachsen mit 15 Prozent.

Neben besseren Abläufen in den Kliniken setze er auf Aufklärung ohne Druck, sagte Rösler. Vor allem Ärzte und Pflegende seien glaubwürdige Ansprechpartner.

Soziales

Die weitaus meisten Inhaber eines Organspendeausweis erhielten diesen den Angaben zufolge nach einem Gespräch in der Arztpraxis.

Bei der Info-Tour zeigen etwa interaktive Stelen den Ablauf einer Organverpflanzung. An speziellen Info-Tischen erhalten Interessierte einen virtuellen Einblick in den menschlichen Körper und erfahren, welche Organe transplantiert werden dürfen. Erst die Hälfte der Bevölkerung sei ausreichend über die Organspende informiert, sagte die Direktorin der Bundeszentrale, Professorin Elisabeth Pott.

Die Patientenschutz-Organisation Deutsche Hospiz Stiftung begrüßte die Kampagne. Allerdings müsse der Staat die Aufsicht über das System der Organverpflanzungen übernehmen, forderte Vorstand Eugen Brysch. Die Kriterien für die Entnahme von Organen würden bisher von der Bundesärztekammer festgelegt. Um die Verteilung der Organspenden kümmere sich eine Stiftung. Damit überlasse der Staat bei einem Thema über Leben und Tod privat organisierten Einrichtungen die Entscheidungshoheit. Das sei verantwortungslos, kritisierte Brysch.

Nach Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation warten bundesweit rund 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan. Etwa 1.000 Patienten sterben jedes Jahr, weil kein geeignetes Organ zur Verfügung steht.

Internet: www.organpaten.de

Frauentag: Merkel beklagt mangelnde Gleichberechtigung

Berlin (epd). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat zum Internationalen Frauentag am 8. März zu mehr Gleichberechtigung aufgerufen. „Deutschland gehört zu den Letzten in der Welt, wenn es um den Anteil von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft, insbesondere bei den großen Unternehmen, geht“, erklärte sie in ihrer am Samstag verbreiteten wöchentlichen Videobotschaft. Vor zehn Jahren habe die deutsche Wirtschaft dazu eine Selbstverpflichtung abgeschlossen – „leider blieb sie unerfüllt“.

Merkel beklagte weiter, dass weltweit vielen Frauen die elementaren Rechte vorenthalten werden. Sie dürften nicht alleine in die Öffentlichkeit, nicht entscheiden, was sie arbeiten und ob sie arbeiten wollen. Viele andere Ungerechtigkeiten gelte es zu bekämpfen.

Zur Situation in Deutschland sagte Merkel, sie wolle „in naher Zukunft sehr zielorientierte Gespräche mit der Wirtschaft führen, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu verbessern“. Zwar sei heute viel mehr möglich, was vor Jahrzehnten noch unvorstellbar war, „dennoch haben Frauen geringere Löhne bei gleicher Arbeit, viel mehr Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.“ Der 100. Internationale Frauentag sei daher ein „Ansporn, mehr

zu tun, um die wirkliche Gleichberechtigung der Frauen im täglichen Leben durchzusetzen“, fügte Merkel hinzu.

Am Internationalen Frauentag am 8. März gehen Frauen weltweit für ihre Rechte an die Öffentlichkeit. Sein Ursprung liegt in den sozialistischen und sozialdemokratischen Kämpfen für das Frauenwahlrecht vor Beginn des Ersten Weltkriegs. 1977 erklärten die Vereinten Nationen den Internationalen Frauentag zum offiziellen Feiertag. Frauen in 26 Ländern, von Angola bis Zypern, haben an diesem Tag frei. In diesem Jahr steht der Frauentag unter dem Motto: „Gleicher Zugang zu Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Technik: Wege zu menschenwürdiger Arbeit für Frauen“.

Lebensräume für Jung und Alt

Die Zukunft vieler Mehrgenerationenhäuser steht 2011 auf dem Prüfstand

Von Hanna Spengler (epd)

Ravensburg (epd). Sie sind Ersatzfamilie, sozialer Treffpunkt und kleine Volkshochschule in einem. Ob offener Mittagstisch, Sprachkurse für Migranten, Einkaufsservice oder Handykurse für Senioren: Insgesamt 500 Mehrgenerationenhäuser mit vielfältigen Angeboten gibt es derzeit bundesweit. Im Jahr 2006 starteten die ersten Häuser, die durch eine Bundesförderung von 40.000 Euro im Jahr unterstützt werden. Doch das „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ ist auf fünf Jahre angelegt und läuft für viele Häuser im Laufe dieses Jahres aus.

Eines der 58 Pilotprojekte findet man in der Ravensburger Oberstadt. Im Vorhof spielen zwei Senioren Freilandschach, während im Haus gerade der Englischkurs für Mütter und Kinder beginnt. Soziologin und Pädagogin Susanne Weiss koordiniert im Mehrgenerationenhaus Gänsbühl, dem auch eine generationenübergreifende Wohnanlage angegliedert ist, die Arbeit von 100 Ehrenamtlichen. Es gibt es etwa den offenen Bürgertreff „Café Miteinander“, einen Kleiderflohmarkt, den Chor „Mundwerk“ und den Stammtisch der „Wahl-Omas“ - insgesamt rund 60 Angebote.

„Hier können freundschaftliche Kontakte geknüpft werden und vertrauensvolle Beziehungen wachsen“, sagt Weiss. So entstünden neue Nachbarschaften und Netzwerke, die den Menschen in Krisensituationen trügen. „Die Bürger entwickeln eigene, teils kostenlose Projekte, bringen Zeit, Erfahrung und Alltagskompetenzen in unser Konzept ein“, sagt Weiss. Wie viele Mehrgenerationenhäuser sei auch das in Ravensburg gleichzeitig „Dienstleistungsdrehscheibe“ und „Freiwilligenagentur“.

Doch viele kleine selbstständige Träger-Initiativen bangen um ihre Zukunft, wenn das Förderprogramm für Mehrgenerationenhäuser in diesem Jahr ausläuft. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend will zwar ab 2012 ein Anschlussprogramm auflegen. Wie die Übergangsfinanzierung aussehen soll und

Soziales

welche Häuser ins neue Programm aufgenommen werden, ist jedoch noch offen. Feststeht: Für die Folgeförderung sollen die Häusern inhaltliche Schwerpunkte wie „Alter und Pflege“, „Integration und Bildung“, „Haushaltsnahe Dienstleistungen“ oder „Freiwilliges Engagement“ setzen.

„Im neuen Programm ist eine Beteiligung von Land und Kommune in Höhe von 10.000 Euro pro Jahr vorgesehen“, sagt Katja Laubinger vom Familienministerium. Die restlichen 30.000 Euro sollen aus Bundesmitteln beziehungsweise Geldern des Europäischen Sozialfonds beigesteuert werden. Die Bewerbungsphase starte diesen Sommer.

Um den Belangen finanzschwacher Gemeinden Rechnung zu tragen, könne der Anteil der Kommune auch in Form von Personal oder Sachleistungen wie etwa Räumlichkeiten erbracht werden, ergänzt Laubinger. Einige Angebote ließen sich bereits durch Teilnahmebeiträge finanzieren, andere Häuser erhielten schon Hilfen von Trägern oder Kommunen.

„Die Finanzierung wird auf die Kommunen abgewälzt“, kritisiert hingegen Nicolas Albrecht-Bindseil von den Diakonischen Hausgemeinschaften, dem Träger des Mehrgenerationenhauses Heidelberg. Für Heidelberg wäre es ein „schwerer Schlag“, falls die Förderung ausfalle. „Wir müssten uns wieder verkleinern und wären in unseren Kernaufgaben ganz auf Spendenfinanzierung angewiesen.“

Auch in Mannheim ist die Stimmung gedämpft. „Von der Kommune bekommen wir gesagt, es sei wahrscheinlich keine weitere Förderung möglich“, sagt Sabine Reich, Leiterin des Mehrgenerationenhauses Mannheim. „Fünf Jahre lang gedeiht alles und dann?“

Stadtteilmanagerin Gabriele Zobel vom „Treffpunkt Zech“ in Lindau ist optimistischer: „Die Bundesförderung ist wichtig, aber unser Ziel ist es natürlich langfristig, die Arbeit im Stadtteil alleine zu tragen, die Bürger noch stärker in die Verantwortung zu nehmen.“ Diese Unabhängigkeit könne durch Zusammenarbeit mit Unternehmen, Stiftungen aber auch durch Spenden erreicht werden.

In einem zumindest herrscht Einigkeit: Mehrgenerationenhäuser erfüllen eine wichtige Aufgabe und sind unverzichtbar geworden. „Jung und Alt brauchen einen Raum, wo sie sich treffen können“, sagt Gerhard Schiele, Geschäftsführer der Altenhilfe der Stiftung Liebenau, Träger des Mehrgenerationenhauses Gänsbühl. Bürgerschaftliches Engagement werde im Zuge der demografischen Entwicklung immer wichtiger. „Probleme wie Einsamkeit und dadurch bedingte Krankheit werden wir mit reinen Dienstleistungen nicht mehr lösen können“.

Fotos abrufbar unter www.epd-bild.de und Tel.: 069/58098-197

Rund 500 Mehrgenerationenhäuser in Deutschland

Frankfurt a.M. (epd). Derzeit gibt es in Deutschland rund 500 Mehrgenerationenhäuser. Mehr als zwei Drittel davon stehen in ländlichen Gebieten oder Kleinstädten mit bis zu 20.000 Einwohnern.

Alle Einrichtungen verfügen über einen „Offenen Treff“, der nach Angaben des Bundesfamilienministeriums täglich etwa 50.000 Mal genützt wird. Hier sollen Menschen aller Generationen, Kulturen und sozialen Schichten eine Möglichkeit der Begegnung haben.

Mehr als 16.000 freiwillige Helferinnen und Helfer leisten in Mehrgenerationenhäusern ehrenamtliche Arbeit. Rund 81 Prozent der Häuser bieten Angebote für Kinderbetreuung an. Etwa 20 Prozent der „Aktions- und Begegnungsstätten in der Nachbarschaft“ kümmern sich gezielt um Seniorinnen und Senioren.

Klein, kompakt und unverzichtbar

Vor 50 Jahren wurde in Deutschland der Mutterpass eingeführt

Von Barbara Driessen (epd)

Köln (epd). Er ist klein und passt in jede Handtasche. 650.000 mal wird er jedes Jahr neu ausgegeben und gehört nach Führerschein und Reisepass zu den am häufigsten ausgestellten Dokumenten in Deutschland: der Mutterpass, der vor 50 Jahren in Deutschland eingeführt wurde. Peter Mallmann, Direktor der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe am Uniklinikum Köln, hält den Mutterpass für sehr wichtig: „Man hat alle Informationen auf einen Blick und spart sich als Arzt viele dumme Fragen.“

„Ich konnte es kaum erwarten, ihn zu kriegen“, sagt die zweifache Mutter Tricia Restivo Saur über ihren Mutterpass. Die US-Amerikanerin, die mit einem Deutschen verheiratet ist und in Köln lebt, hatte von ihren deutschen Freundinnen davon gehört und freute sich schon vor ihrem ersten Arztbesuch auf ihren eigenen Mutterpass: „Ich finde, dass das ein tolles Ding ist. Es ist übersichtlich und unglaublich praktisch, weil alles drin steht.“

Der Pass dokumentiert vom ersten Besuch beim Frauenarzt bis zur Geburt eines Kindes alle Vorsorgeuntersuchungen während einer Schwangerschaft. Zudem enthält das Papier alle relevanten Daten zur Gesundheit der Mutter, zum Zustand des Kindes und den voraussichtlichen Geburtstermin.

In Saur's Heimat, den USA, kennt man ein solches Dokument nicht. Und auch im europäischen Ausland gibt es außer in der Schweiz und in Österreich wenig Vergleichbares. „In Großbritannien etwa sind nur handgeschriebene Notizen üb-

Soziales

lich“, berichtet Ulrike Krause, die Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe ist und selbst einige Jahre in England praktiziert hat: „Der deutsche Mutterpass ist ein geniales Teil: klein, kompakt und sehr überschaubar. Alle wissen immer ganz genau, was zu machen ist.“

Nach einer Pilotphase 1960 wurde der Mutterpass in Papierform 1961 eingeführt. Die Verpflichtung für Ärzte, allen gesetzlich krankenversicherten schwangeren Frauen den Mutterpass auszuhändigen, besteht seit dem 1. April 1968. Im gleichen Jahr wurde beschlossen, dass nach Feststellung einer Schwangerschaft für jede Frau ein Mutterpass ausgestellt werden muss. Herausgeber des Ausweises ist mittlerweile der Gemeinsame Bundesausschuss, der den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) festlegt.

Als eine Art Lebensversicherung für jede Schwangere und ihr ungeborenes Kind bezeichnet Günter van Aalst von der Techniker Krankenkasse in Nordrhein-Westfalen den Mutterpass, weil alles drinstehe: „Von der Bestimmung der Blutgruppe über die Ultraschalluntersuchungen bis hin zu möglichen Erkrankungen während der Schwangerschaft.“

Klinik-Direktor Mallmann kritisiert, dass es noch immer zu viele Frauen gebe, die das Leben ihres Kindes durch Alkohol-, Nikotin- oder Drogengenuss gefährdeten. „Diese Frauen begreifen oft intellektuell nicht, wie wichtig Vorsorge ist“, sagt er. Und hier könne auch der Mutterpass wenig ausrichten.

Doch Mallmann glaubt trotzdem, dass die Einführung des Mutterpasses vor 50 Jahren die Säuglingssterblichkeit in Deutschland nachhaltig gesenkt hat: „In der Regel achten Frauen nun sehr darauf, alle Vorsorgetermine wahrzunehmen, und wissen gut darüber Bescheid, was ansteht.“

Bei seiner Arbeit am Uniklinikum ist der Mutterpass für ihn oft unverzichtbar. Denn von den 1.350 Geburten jährlich sind 70 Prozent Risikofälle: „Da sind wir sehr vom Mutterpass abhängig.“ Deswegen rät er gerade bei problematischen Schwangerschaften dazu, das 16-seitige Dokument ähnlich wie den Personalausweis immer dabei zu haben.

Tricia Restivo Saur will ihren Mutterpass immer gut aufbewahren, auch wenn sie ihn nun nach der Geburt ihrer zwei Kinder eigentlich nicht mehr braucht: „Vielleicht wollen ihn die Kinder irgendwann einmal haben. Und wenn nicht, dann ist er auch für mich einfach eine nette Erinnerung.“

Foto abrufbar unter www.epd-bild.de und Tel.: 069/58098-197

Pädagoge: Bildungsansprüche der Eltern unterschiedlicher als früher

Skepsis gegen Hausunterricht

epd-Gespräch: Marc Patzwald

Frankfurt a.M. (epd). Die Bildungsansprüche von Eltern an die Schule sind in den vergangenen Jahren nach Auffassung des Erziehungswissenschaftlers Eiko Jürgens unterschiedlicher geworden. Ihre Unsicherheit in Bildungsfragen wachse durch Studien wie PISA oder Medienberichte, sagte der Professor der Universität Bielefeld in einem epd-Gespräch. „Auf der einen Seite können sich Eltern nicht sehr umfassend informieren, weil sie noch andere Dinge zu tun haben, und auf der anderen Seite ist die Erziehungsratgeberliteratur explodiert.“ Das führe beispielsweise zu Auffassungen, dass Kinder so früh wie möglich drei Sprachen lernen sollten.

Jürgens warnte davor, das öffentliche Schulsystem zu kritisieren: „Da, wo ein Mangel ist, muss man ihn benennen und da wo Vorteile sind, muss man sie auch benennen.“ Eltern sollten zu Hause keine Stimmung gegen Schule erzeugen. „Das ist nicht leicht, aber es bringt überhaupt nichts, wenn man den Kindern sagt, die Schule ist eigentlich nichts, aber du musst da hingehen“, betonte der Pädagoge. Es bestehe die Gefahr, dass Kinder dann wirklich ungern zur Schule gingen.

Es ist dem Erziehungswissenschaftler zufolge problematisch, wenn Eltern ihre Kinder selbst unterrichten. Dadurch vermittelten sie ihre Einstellungen nicht nur in der Erziehung, sondern auch im Unterricht. „Das Kind wird gar nicht in dem Maße mit unterschiedlichen Ansichten wie in der Schule konfrontiert“, betonte Jürgens.

Allgemein sei es auch in der Schule wichtig, dass nicht derjenige den Schüler bewerte, der ihn auch fördern solle. Zu Hause sei eine Benotung durch die Eltern wegen der emotionalen Bindung belastend. Im Gegensatz dazu müsse der Lehrer in der Nachhilfe seinen Schüler beispielsweise nicht zensieren, was zum Erfolg dieses Angebots beitrage, erklärte der Pädagogik-Professor. Denn eine andere Person beurteile die Leistungen des Kindes und damit auch des Nachhilfelehrers.

Bildungspflicht und Schulzwang

Eltern wollen nicht nur aus religiösen Gründen Kinder zu Hause unterrichten

Von Marc Patzwald (epd)

Frankfurt a.M. (epd). In der Schule lernen Kinder Lesen, Schreiben und Rechnen. Einige Eltern würden ihre Kinder jedoch lieber zu Hause unterrichten oder sie selbst entscheiden lassen, was sie wann lernen. Allerdings herrscht in Deutschland Schulpflicht. Das bedeutet, Kinder müssen in die Schule gehen - alles andere ist illegal. Dennoch gibt es einige Eltern, die versuchen, „Homeschooling“ zu

Soziales

ermöglichen - manche wandern deswegen sogar aus. Meistens kommt es aber zu Gerichtsprozessen. Zuletzt hatte das Landgericht Kassel Ende Februar ein Ehepaar aus Hessen zu einer Geldstrafe von je 50 Euro verurteilt, weil es sich weigert, seine Kinder zur Schule zu schicken.

Werte, Wissen oder Wohlergehen spielten für Eltern meistens eine Rolle, wenn sie sich für Hausunterricht entschieden, sagt der Soziologe Thomas Spiegler, der seine Dissertation an der Philipps-Universität Marburg über „Homeschooling“ in Deutschland schrieb. Für diese Eltern vermittele die Schule beispielsweise falsche Werte, sie gehe nicht auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder ein oder schade ihnen psychisch. Dabei sind es Spiegler zufolge nicht nur Eltern, die aus religiöser Überzeugung handeln. Es seien Familien aus allen gesellschaftlichen Schichten.

Am Anfang folgten die meisten Eltern einem eigenen Lehrplan und arbeiten mit Schulbüchern. „Im Laufe der Zeit gibt es viele Familien, die zu freieren, selbstorientierten Lernformen übergehen“, erläutert Spiegler. Einige seien auch der Auffassung, dass die Kinder von alleine lernten, was für sie wichtig sei.

„In Deutschland ist Homeschooling überwiegend eine Grundschulbewegung“, sagt Spiegler. Wenn der Schulwechsel anstehe, schickten die Eltern ihre Kinder meist wieder auf eine staatliche Schule. Wie viele Schulpflichtige in Deutschland zu Hause lernen, wissen weder das Statistische Bundesamt, noch die Kultusministerkonferenz. Spiegler schätzt die Zahl der Kinder auf 600 bis 1.000.

Die Kinder der Neubronners aus Bremen gehören zu ihnen. Ihre Kinder hätten sich in der Schule nicht wohlfühlt, erklärt Tilman Neubronner. Um den zwei Söhnen den Heimunterricht zu ermöglichen, ist er nach mehreren Rechtsstreitigkeiten mit ihnen nach Frankreich gezogen. Zusammen mit ihren Eltern hätten die Söhne ein eigenes Lernprogramm entwickelt, mit dem sie nun selbstständig arbeiteten, sagt Neubronner. Dazu gehörten Mathematik, Sprachen und Naturwissenschaften.

Ansonsten laufe vieles informell, sagt er. „Das heißt, sie interessieren sich für bestimmte Dinge und lernen dabei, aber sie lernen nicht in der Systematik eines Lehrplans.“ Dadurch hätten seine Söhne einen viel unbeschwerteren Zugang zu neuen Themen. „Aber, was wir nie sagen würden, ist, dass dieser Weg für alle Kinder der richtige ist“, betont er. Stattdessen fordert Neubronner diese Möglichkeit als zusätzliche Option in Deutschland.

Die Schulpflicht müsse zu einer Bildungspflicht werden, erklärt er. „Es gibt genügend Beispiele, dass Kinder außerhalb der Schule ein durchaus erfolgreiches Leben führen können.“ Die Bremer Behörde überprüfte laut Neubronner sogar für ein halbes Jahr monatlich den Leistungsstand der Kinder. Davor hätte sich die Familie auch nicht gedrückt. Jedoch habe die Behörde das trotz guter Ergebnisse nicht weitergeführt, sagt er.

Soziales

Der Erziehungswissenschaftler Eiko Jürgens betont, dass es schwer sei, Tests zu entwickeln, da nur das überprüft werden dürfe, was das Kind gelernt habe. Der Staat könne sich nicht darauf einlassen, etwas zu testen, was nicht den Lehrplänen entspreche, erklärt der Professor der Universität Bielefeld. „Die Lehrpläne sind die Grundlage für die staatlichen Zertifikate.“ Wenn Eltern Studien zum erfolgreichen Homeschooling aus anderen Ländern zum Vergleich heranzögen, sei das nur schwer mit der deutschen Situation zu vergleichen. Die Kulturen seien zu unterschiedlich, erklärt Jürgens.

Vor allem den freien Unterricht sieht der Erziehungswissenschaftler kritisch. „Da gibt es aus der Unterrichtsforschung inzwischen sehr belastbare Ergebnisse“, erklärt er. Schüler bräuchten Rückmeldungen und müssten erklärt bekommen, warum etwas wichtig sei. Sonst müsse das Kind selbst einen Sinn konstruieren, was zu einem rein zufälligen Lernen führe.

Fotos abrufbar unter www.epd-bild.de und Tel.: 069/58098-197

Pflicht zum Schulgang

Hausunterricht in Deutschland verboten - Nachbarländer erlauben häufiger Ausnahmen

Frankfurt a.M. (epd). In Deutschland dürfen Eltern ihre Kinder nicht zu Hause unterrichten. Alle Bundesländer haben sich darauf geeinigt, dass Schüler regelmäßig am Unterricht einer öffentlichen oder privaten Schule teilnehmen müssen - sonst drohen meist Geldstrafen. Ausnahmen gibt es nur selten.

Vor allem in den USA hat das „Homeschooling“ viele Anhänger. 2007 haben Eltern nach Schätzungen der US-amerikanischen Regierung rund 1,5 Millionen Kinder zu Hause unterrichtet. Auch in einigen europäischen Nachbarländern ist der Hausunterricht erlaubt.

Österreich - Für den „häuslichen Unterricht“ müssen Erziehungsberechtigte den Bezirksschulrat jeweils vor Beginn eines Schuljahres informieren. Der Unterricht muss dem einer öffentlichen Schule gleichwertig sein. Am Ende eines jeden Schuljahres müssen die Schüler eine „Externistenprüfung“ machen. Statistik Austria zufolge besuchten im Schuljahr 2008/2009 fast alle schulpflichtigen Kinder eine Schule. Die Zahl der Schüler in häuslichem Unterricht sei „vernachlässigbar“.

Schweiz - Der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren zufolge sind die „Bedingungen der Hauserziehung“ je nach Kanton anders geregelt. In der Regel muss das kantonale Erziehungsdepartement oder eine Schulbehörde unter dessen Aufsicht den Heimunterricht erlauben. Außerdem müssen die Lehrenden häufig über ein Lehrdiplom oder fachliche sowie pädagogische Kompetenzen verfügen. Der Unterricht muss denselben Standards wie an einer öffentlichen Schule entsprechen.

Frankreich - Die öffentlichen und privaten Schulen garantieren vorrangig das Recht der Kinder auf Unterricht. Die Schüler sollen nicht nur Wissen erlernen, sondern auch auf das Leben als Staatsbürger vorbereitet werden. Der Staat überprüft aber regelmäßig Familien, die ihre Kinder zu Hause unterrichten. Das nötige Wissen und Können der Kinder wird per Erlass festgelegt. Wenn der häusliche Unterricht die Ansprüche der Behörden nicht erfüllt, müssen die Eltern nachbessern. Wenn sich bis zu einer erneuten Überprüfung nichts verändert, müssen sie ihre Kinder an einer öffentlichen Schule anmelden.

Irland - Die irische Verfassung gewährt den Eltern komplette Wahlfreiheit. Der Staat muss diese Entscheidung respektieren und darf die Eltern nicht verpflichten, ihre Kinder auf eine staatliche Schule zu schicken. Als „Hüter des Allgemeinwohls“ soll er jedoch für eine gewisse „Mindestbildung“ sorgen. Hierfür muss der Staat kostenlose Grundschulbildung garantieren und auch weitere Möglichkeiten zur Verfügung stellen. Dabei müssen immer die Rechte der Eltern beachtet werden. Nur in Ausnahmefällen, wenn die Erziehungsberechtigten ihren Pflichten nicht nachkommen, greift der Staat ein, wobei er immer die „natürlichen und unantastbaren Rechte des Kindes“ beachten soll.

6.000 sahen Pop-Oratorium „Die 10 Gebote“

Minden (epd). Fast 6.000 Besucher haben am Sonntag in Minden das Pop-Oratorium „Die 10 Gebote“ gesehen. Für beide Vorstellungen des christlichen Musicals war die Kampa-Halle ausverkauft. Es sei erneut gelungen, die zehn Gebote als Leitlinien menschlichen Zusammenlebens „in einem populären Rahmen bekannt zu machen“, sagte der Komponist und Produzent des Oratoriums, Dieter Falk. Das Musical erzählt die biblische Geschichte von Mose und dem Auszug des Volkes Israel aus Ägypten.

Bei den Aufführungen im Rahmenprogramm der christlich-jüdischen „Woche der Brüderlichkeit“ wirkten neben Michael Eisenburger als Mose und Ex-Monrose-Sängerin Bahar Kizil rund 1.000 Chorsänger aus Westfalen und Niedersachsen mit. Die Mindener Vorstellungen des Pop-Oratoriums waren die ersten seit der Weltpremiere von „Die 10 Gebote“ vor einem Jahr in Dortmund. Das Musical entstand als Beitrag der Evangelischen Kirche von Westfalen zur Kulturhauptstadt RUHR.2010. Eine weitere Aufführung ist am 4. Juni beim Evangelischen Kirchentag in Dresden geplant. 2012 sollen die „10 Gebote“ in Hannover, Düsseldorf und Mannheim zu sehen sein.

Soziales

Kultur

„Kleist-Jahr“ in Frankfurt an der Oder eröffnet

Frankfurt an der Oder (epd). Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU) hat am Freitag in Frankfurt an der Oder das „Kleist-Jahr“ zum 200. Todestag des Dichters eröffnet. Der Schriftsteller gelte heute „in vielem als Wegbereiter der Moderne“ und habe ein Werk hinterlassen, das seiner Zeit voraus war, sagte der Minister in der Konzerthalle „Carl Philipp Emanuel Bach“, der ehemaligen Taufkirche Heinrich von Kleists.

In den kommenden Monaten wird im Rahmen des Gedenkjahres mit zahlreichen Veranstaltungen an den deutschen Klassiker erinnert. Das Programm des „Kleist-Jahres“ reicht von Theaterprojekten und Ausstellungen über Kunstaktionen bis hin zu Essay- und Comic-Wettbewerben. Lokale Schwerpunkte sind Frankfurt an der Oder, die Geburtsstadt des Dichters, und Berlin, wo Kleist in seinen letzten Lebensjahren arbeitete und sich das Leben nahm.

Zu den Höhepunkten des Gedenkjahres zählt nach Angaben der Veranstalter die zweiteilige Ausstellung „Kleist: Krise und Experiment“, die im Mai in Berlin und Frankfurt an der Oder eröffnet werden soll. Das Berliner Maxim-Gorki-Theater will zum Todestag im November das komplette dramatische Werk des Dichters in einem mehrwöchigen Festival auf die Bühne bringen. Schirmherr des „Kleist-Jahres“ ist Bundespräsident Christian Wulff.

Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) sagte, dass mit der Vielzahl an Veranstaltungen die nationale und internationale Aufmerksamkeit auf Kleist und dessen Heimatstadt gelenkt werde. Die Werke des Dichters würdigte Platzeck als „teils erhellend, teils auch verstörend, aber oft mit aktuellen Bezügen“. Daher sei es wichtig, Kleist „aus dem Elfenbeinturm“ zu holen und in die Mitte des öffentlichen Interesses zu stellen.

Am Freitag erfolgte in Frankfurt an der Oder auch der erste Spatenstich für einen rund 5,4 Millionen Euro teuren Erweiterungsbau für das Kleist-Museum der Stadt. Die neuen Räume würden „exzellente Bedingungen“ für die Präsentation der Kleist-Sammlung bieten, sagte Brandenburgs Kulturministerin Sabine Kunst (parteilos). Kleists literarisches Werk gehöre zu den wichtigsten Kulturgütern des Bundeslandes.

Heinrich von Kleist wurde am 18. Oktober 1777 in Frankfurt an der Oder geboren und nahm sich am 21. November 1811 am Kleinen Wannsee in Berlin das Leben. Der Dramatiker wurde unter anderem durch Novellen wie „Michael Kohlhaas“ und Theaterstücke wie „Das Käthchen von Heilbronn“ und „Der zerbrochene Krug“ bekannt. Das „Kleist-Jahr“ 2011 ist eine Initiative des Bundes, der Länder Berlin und Brandenburg und der Stadt Frankfurt an der Oder unter Federführung der Berliner Heinrich-von-Kleist-Gesellschaft und des Kleist-Museums in der Oderstadt.

Pathos mit einer Spur Ironie

Zum 70. Geburtstag des Schauspielers Bruno Ganz

Von Wilhelm Roth (epd)

Frankfurt a.M. (epd). Bruno Ganz war mehr als zwei Jahrzehnte lang der führende klassische Held des deutschsprachigen Theaters. Zuerst in Bremen, dann in den 1970er und 80er Jahren an der Berliner Schaubühne arbeitete er mit den innovativsten Regisseuren seiner Zeit zusammen wie Peter Stein und Klaus Michael Grüber. Doch jetzt nimmt der Schweizer Schauspieler, der am 22. März 70 Jahre alt wird, nur noch Rollen in Filmen an.

Die heutige junge Theaterregie-Generation sei ihm fremd, sagte er in mehreren Interviews. Denn sie verbiete dem Schauspieler die Identifikation mit der Rolle, die für ihn, Ganz, unabdingbar sei. Im Kino finde er die Emotionalität, die er im Theater vermisse.

Bis heute hat Ganz etwa 75 Kino- und Fernseh-Filme gedreht, darunter „In der weißen Stadt“ von Alain Tanner (1983) oder „Der Himmel über Berlin“ von Wim Wenders (1987). In „Der Untergang“ (2004) verkörperte er Adolf Hitler.

Seit 1996 trägt der geborene Züricher den Iffland-Ring, die bedeutendste Auszeichnung für einen deutschsprachigen Schauspieler. Er wird von dem jeweiligen Träger testamentarisch an einen Nachfolger übertragen, Ganz bekam ihn von dem Österreicher Josef Meinrad verliehen.

Die herausragende Bedeutung von Bruno Ganz liegt in der Theaterarbeit, ergänzt durch einige Filme. Er spielte Prometheus und Empedokles, Hamlet und Tasso, den Prinzen von Homburg und Peer Gynt. Spät, im Jahr 2000, war er auch noch Faust in der ungekürzten, zweiteiligen Inszenierung von Peter Stein.

Seine Theaterkunst widmete er den großen Texten von der Antike bis heute. Dabei war die Stimme sein eigentliches Instrument. Er hat wie wenige andere Pathos glaubwürdig verkörpert, weil er immer eine Spur von Distanz und Ironie mitschwingen ließ.

Es ist ein Film, der noch heute einen authentischen Eindruck von seiner Bühnenkunst gibt: „Die Marquise von O...“ von Eric Rohmer aus dem Jahr 1976. Ganz spricht die gedrechselten Kleist-Texte so vorzüglich, dass das Individuum hinter der rhetorischen Form spürbar wird. Sein Körperspiel, von den Blicken auf die Geliebte (Edith Clever) bis zum Sich-Niederwerfen vor ihr, ist pathetisch im Ausdruck, doch ohne jede Schwerfälligkeit.

Aber auch in seinen Filmen sorgt er immer wieder für berührende Szenen. Er kann vor der Kamera mit Nuancen arbeiten, die im Theater in der 20. Reihe nicht mehr ankommen würden. Unter seinen neuen Filmen sieht man das besonders

gut in „Satte Farben vor Schwarz“, in dem er und Senta Berger ein Rentnerpaar darstellen, das dem Tod entgegensieht.

Ganz hat mit einer Reihe von prominenten Regisseuren gearbeitet. So entstanden immer wieder Filme, die den Theaterproduktionen ebenbürtig sind. Der höchst erfolgreiche, aber auch höchst umstrittene Film „Der Untergang“ (2004), in dem der Schauspieler Ganz den Diktator Hitler mit perfekter Maske und akribischer Genauigkeit darstellt, gehört nicht dazu. Keine Analyse sei die Darstellung, sondern „distanzloses Dabeisein“, urteilte der Kritiker Georg Seeßlen.

Zu Ganz' großen Filmen gehören „Messer im Kopf“ von Reinhard Hauff (1978), „Die Fälschung“ von Volker Schlöndorff (1981), schließlich „Die Ewigkeit und ein Tag“ (1998) von Theo Angelopoulos, in dem Ganz einem todkranken Dichter eine trotzig Aktivität verleiht. Seine schönste Komödie ist „Brot und Tulpen“ (2000) von Silvio Soldini.

Die vielleicht bewegendste Darstellung war der todkranke Bilderrahmenmacher Jonathan in der Highsmith-Verfilmung „Der amerikanische Freund“, 1977 inszeniert von Wenders. Um seine Familie zu ernähren, nimmt er einen Auftragsmord an.

Bruno Ganz spielt zunächst gespenstisch ruhig, dreht dann allmählich durch, wird zum Getriebenen und stirbt in der letzten Szene. Nach einer Auseinandersetzung mit Mafiosi ist er im Auto unterwegs, verliert plötzlich die Gewalt über den Wagen, lacht und sagt zu seiner Frau: „Es wird so dunkel“. Er sagt das auf Schweizerdeutsch, während er sonst hochdeutsch sprach.

Foto abrufbar unter www.epd-bild.de und Tel.: 069/58098-197

ZDF-Journalist Stefan Raue wird neuer MDR-Chefredakteur

Leipzig (epd). Der leitende ZDF-Journalist Stefan Raue wird neuer Chefredakteur des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR). Er trete das Amt zum 1. November 2011 an und werde für Fernsehen, Radio und neue Medien zuständig sein, teilte der Sender am Freitag in Leipzig mit. Raue folgt auf den Chefredakteur des MDR-Hörfunks, Christian Schneider, der im vergangenen Jahr in Rente gegangen ist, und den Chefredakteur des MDR-Fernsehens, Wolfgang Kenntemich, der im Herbst in den Ruhestand treten wird.

Raue soll den neuen trimedialen Newsdesk des MDR leiten, einen medienübergreifenden Nachrichtentisch, an dem die aktuelle Berichterstattung von Fernsehen, Hörfunk und neuen Medien koordiniert wird. Diese Plattform wird in Leipzig angesiedelt. MDR-Intendant Udo Reiter hatte dem Rundfunkrat das Konzept des trimedialen Newsdesks im Februar vorgestellt. Der Desk soll rund um die Uhr arbeiten und sich inhaltlich mit den Landesfunkhausredaktionen abstimmen.

Kultur

Medien

Stefan Raue wurde 1958 in Wuppertal geboren. Nach einem geisteswissenschaftlichen Studium und einem Volontariat war er von 1987 bis 1990 Reporter beim WDR. Anschließend arbeitete er als Politikredakteur und Chef vom Dienst bei Rias-TV in Berlin, bevor er 1992 Programmbereichsleiter Aktuelles und Nachrichten beim Fernsehen der Deutschen Welle wurde.

Seit 1995 ist Raue in verschiedenen Positionen beim ZDF tätig, unter anderem als Schlussredakteur des „heute journal“ und als stellvertretender Leiter der „heute“-Nachrichten. Seit 1997 ist er Redaktionsleiter des Magazins „Blickpunkt“, das sich nach MDR-Angaben auch intensiv der Entwicklung in Ostdeutschland gewidmet hat. Zusätzlich ist Raue seit 1999 stellvertretender Hauptredaktionsleiter für Politik und Zeitgeschehen des ZDF.

UN: Frauenförderung verringert Hunger in der Welt

FAO fordert Ende der Benachteiligung von Bäuerinnen

Rom (epd). Die Vereinten Nationen haben ein Ende der Benachteiligung von Frauen in der Landwirtschaft gefordert. Die Gleichberechtigung von Frauen sei nicht nur ein hehres Ideal, sondern entscheidend für die landwirtschaftliche Entwicklung und die Ernährungssicherheit, betonte die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) am Montag in Rom.

Frauenförderung sei die beste Investition in Landwirtschaft und Wirtschaftswachstum, sagte FAO-Generaldirektor Jacques Diouf bei der Vorstellung des jährlichen Berichts seiner Organisation über Ernährung und Landwirtschaft. Die FAO-Experten schätzen, dass bis zu 150 Millionen Menschen weniger hungern würden, wenn Bäuerinnen die gleichen Rechte und Chancen wie Männer hätten. Für das vergangene Jahr beziffern sie die Zahl der Unterernährten auf insgesamt 925 Millionen Menschen.

Mangelnde Gleichberechtigung ist laut Diouf nicht nur ein Problem der Frauen. Weil sie benachteiligt seien, lägen ihre Erträge bis zu 30 Prozent unter denen von Männern. Frauen haben einen schlechteren Zugang zu Land, Werkzeugen, Saatgut und Krediten.

Da Frauen aber höhere Einkommen im allgemeinen in Ernährung, Gesundheit und Bildung von Kindern investierten, könnten sie erheblich zur Entwicklung eines Landes beitragen. Bis zu 50 Prozent der Bauern und bis zu 75 Prozent der Mitarbeiter der Lebensmittelindustrie sind dem Bericht zufolge weiblich.

Die FAO fordert besonders auch eine rechtliche Gleichstellung der Geschlechter. In vielen Ländern haben Frauen nicht dasselbe Recht wie Männer, Land zu erwerben, zu verkaufen oder zu erben. Das sei auch der Fall, wenn eine Frau ein Konto eröffnen, Kredite aufnehmen oder Verträge schließen wolle.

Medien

Entwicklung

UNICEF braucht 1,4 Milliarden US-Dollar für humanitäre Hilfe

Genf (epd). Das Kinderhilfswerk UNICEF benötigt im laufenden Jahr rund 1,4 Milliarden US-Dollar für die humanitäre Hilfe bei Naturkatastrophen, Hungersnöten und Konflikten. Die vielen Notlagen von Afghanistan bis zur Zentralafrikanischen Republik könnten den Finanzbedarf im Laufe des Jahres allerdings noch steigen lassen, erklärte UNICEF am Montag in Genf.

Die Summe von 1,4 Milliarden US-Dollar für 2011 soll den Menschen in 32 Ländern zugutekommen. UNICEF versorgt Mädchen und Jungen sowie Mütter mit Wasser und Nahrung, baut sanitäre Einrichtungen und schafft Bildungsangebote. Zudem organisiert die UN-Organisation medizinische und psychologische Hilfe für die Opfer von Gewalt und sexuellen Übergriffen.

Zu den größten Empfängerländern gehören 2011 Pakistan (knapp 300 Millionen US-Dollar), Haiti (rund 160 Millionen US-Dollar), der Sudan (rund 160 Millionen US-Dollar), Simbabwe (120 Millionen US-Dollar) und die Demokratische Republik Kongo (115 Millionen US-Dollar). Laut UNICEF haben 2010 das Erdbeben in Haiti und die Fluten in Pakistan den langfristigen Bedarf an Hilfsgeldern enorm gesteigert. Das Hilfswerk richte sich auf ein langes Engagement in beiden Ländern ein, um die Folgen der Naturkatastrophen zu bewältigen. Zudem brauche man wegen der steigenden Lebensmittelpreise mehr Geld.

Die USA gehören traditionell zu den größten Gebern von UNICEF. Im vergangenen Jahr stellten sie mehr als 150 Millionen US-Dollar bereit. Auch Japan und die EU überweisen jeweils große Summen für die Opferhilfe.

EU weiter äußerst besorgt um Libyen-Flüchtlinge

Brüssel (epd). Die humanitäre Situation in Libyen und seinen Nachbarländern bleibt äußerst angespannt. „Wir bereiten uns auf alle Szenarien vor, einschließlich der schlimmsten“, sagte ein Sprecher der EU-Nothilfekommissarin Kristalina Georgiewa am Montag in Brüssel. Ihm zufolge sind inzwischen über 200.000 Menschen nach Ägypten und Tunesien geflohen. Die EU-Kommission hat zusammen mit dem Roten Kreuz, dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und weiteren Organisationen über 22.000 Plätze in „Transitlagern“ zur Verfügung gestellt.

Die Kommission spreche eher von Transit- als von Flüchtlingslagern, erläuterte der Sprecher: „Es handelt sich nach wie vor um Gastarbeiter, überwiegend Männer, die in ihre Heimatländer zurückkehren wollen.“ Mehr als 60.000 Menschen konnten ihm zufolge bereits in Sicherheit gebracht werden. In der EU-Kommission herrsche mit Blick auf künftige Entwicklungen große Sorge, da sich die Gewalt in Libyen in den letzten Tagen und Stunden weiter verschärft habe.

Entwicklung

Kommissarin Georgiewa fordere dringend, humanitären Helfern einen besseren Zugang in die libyschen Krisengebiete zu gewähren, unterstrich der Sprecher. Ein Sprecher der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton verwies darauf, dass ein Team aus EU-Experten nach Tripolis gereist sei. „Es ist eine technische Mission. Es gibt keine politischen Kontakte, weder mit den libyschen Behörden noch mit der Opposition.“ Die Experten wollten die Bedürfnisse der Menschen vor Ort ausloten und sprächen dazu unter anderem mit lokalen UN-Fachleuten und Journalisten.

Die Gruppe hat nach Angaben des Ashton-Sprechers von der libyschen Regierung Visa erhalten. Ihr Bericht soll einen Input für den außerordentlichen EU-Gipfel an diesem Freitag in Brüssel bilden, auf dem die 27 Staats- und Regierungschefs der EU über die Libyen-Krise beraten wollen.

China nimmt erneut ausländische Journalisten in Haft

Peking (epd). Chinesische Sicherheitskräfte haben am Sonntag erneut ausländische Journalisten verhaftet. Aus Korrespondentenkreisen heißt es, dass die Polizei in der chinesischen Hafenstadt Shanghai mindestens zehn ausländische Journalisten vorübergehend festgenommen hat, die über geplante „Jasmin-Proteste“ in China berichten wollten. Unter den Inhaftierten befindet sich auch ein deutscher Journalist. In Peking ist bislang von mindestens zwei festgenommenen Journalisten bekannt. Die Sicherheitskräfte werfen den Journalisten vor, dass sie sich trotz ausdrücklicher Vorwarnungen ohne Genehmigung in das Viertel begeben hätten.

Unbekannte hatten zuvor über der regierungskritischen Webseite „Boxun“ zu „Jasmin-Protesten“ gegen die chinesische Führung aufgerufen - in Anlehnung an die Revolten in den arabischen Ländern. Es ist bereits der dritte Sonntag in Folge, an dem diese Proteste in mehr als 20 chinesischen Städten stattfinden sollten. Laut Augenzeugen beteiligten sich in Shanghai rund 80 Menschen an dem Protest. Angaben aus anderen Städten liegen bislang nicht vor.

Ein Großaufgebot an Polizei hatte bereits am vergangenen Sonntag zahlreichen ausländischen Korrespondenten die Berichterstattung erschwert und mehrere Journalisten vorübergehend festgenommen. Die für die Arbeitserlaubnis zuständige Einwanderungspolizei lud die in Peking ansässigen Korrespondenten am vergangenen Mittwoch zu Einzelgesprächen vor.

Den Journalisten wurde damit gedroht, dass ihnen das Arbeitsvisum aberkannt wird, falls sie sich vor jeder Berichterstattung nicht eine spezielle Erlaubnis des örtlichen Verwaltungsbüros einholen. Bei Zuwiderhandlung drohte ihnen Haft bis zur Ausweisung. Mehrere der geladenen Korrespondenten sprachen von „Einschüchterungsversuchen“.

Entwicklung

Im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 hatte die Staatsführung das chinesische Presserecht liberalisiert. Ausländische Journalisten wurden nicht mehr dazu verpflichtet, für Interviews oder Recherchen die Zustimmung von Behörden einzuholen. Dieses Recht erkennen die Sicherheitsbehörden nun offensichtlich nicht mehr an.

In Peking tagt seit Samstag der Nationale Volkskongress. Unter anderem verabschieden die rund 3.000 Delegierte den nächsten Fünfjahresplan. China News Service, die zweitgrößte Nachrichtenagentur in der Volksrepublik, berichtet, dass in der Hauptstadt insgesamt rund 740.000 Sicherheitskräfte im Einsatz sind, um für einen reibungslosen Ablauf der Tagung zu sorgen. Das Gebäude des Nationalen Volkskongresses ist weiträumig abgesperrt.

In der Eröffnungsrede des Volkskongresses betonte Premierminister Wen-Jiabao, dass die Regierung alles daran setzen werde, die steigende Inflation zu bekämpfen und zur Not auf das Instrument der staatlichen Preiskontrollen zurückzugreifen. Zudem kündigte er an, das Sozialsystem auszubauen. „Wir wollen die Lebensbedingungen des einfachen Volkes auf breiter Basis verbessern“, sagte der Premier in seiner rund zweistündigen Rede. Auch werde sich die Regierung dafür einsetzen, dass die Durchschnitts- und Mindestlöhne wachsen. Wen warnte vor einer Überhitzung der Wirtschaft. Ziel der Regierung sei es, das jährliche Wirtschaftswachstum von bisher acht auf sieben Prozent zu drosseln.

Steigende Lebenshaltungskosten schüren seit Monaten den Unmut der Menschen in China. Im Januar lag die Inflationsrate bei 4,9 Prozent.

Anglikaner-Oberhaupt: Pakistans politische Stabilität in Gefahr

London (epd). Der anglikanische Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, sieht in der Ermordung des pakistanischen Ministers Shahbaz Bhatti eine Bedrohung für Pakistans politische Stabilität. Es gebe eine Gruppierung in Pakistan, die eine „unmenschliche pseudo-religiöse Tyrannei“ errichten wolle, schrieb er in der britischen Tageszeitung „The Times“ (Montagsausgabe). Ihre Handlungen widersprächen der Sittenlehre des Korans und vernünftiger Politik.

Staatsgründer Mohammed Ali Jinnah habe bewusst einen islamischen Staat gegründet, der auch Andersgläubigen Bürgerrechte, Sicherheit und Freiheiten garantiere. „Der Schutz von Minderheiten jeder Art ist eine Feuerprobe für die moralische Rechtmäßigkeit einer Regierung“, sagte Williams. Viele hätten aus strategischen Gründen Angst um Pakistans Zukunft. „Aber die unter uns, die Pakistan und sein Volk lieben, haben Angst um seine Seele und politische Stabilität“, schrieb das Oberhaupt der anglikanischen Gemeinschaft.

Entwicklung

Es muss laut Williams eine Debatte in Pakistan geben, die sich mit dem Blasphemie-Gesetz als eine der Ursachen der vielen Probleme auseinandersetze. Dafür müssten internationale islamische Intellektuelle ein gemeinsames Urteil über den Missbrauch fällen, der durch das Gesetz verursacht werde. Außerdem müsse die pakistanische Regierung zeigen, dass sie sich nicht erpressen lasse und die Gefahren für Minderheiten ernst nehme.

Am vergangenen Mittwoch war Bhatti in der Hauptstadt Islamabad erschossen worden. Der 42-jährige Katholik war Minister für religiöse Minderheiten und der einzige Christ in der Regierung. Bhatti hatte sich für eine Reform des umstrittenen Blasphemie-Gesetzes eingesetzt, das Gotteslästerung unter Todesstrafe stellt. Er war der zweite prominente Politiker, der innerhalb von zwei Monaten ermordet wurde. Zu der Tat hatten sich Pakistans radikal-islamische Taliban bekannt.

Mann in Pakistan nach Blasphemie-Vorwürfen erschossen

Islamabad/Neu-Delhi (epd). In Pakistan ist nur zwei Tage nach dem Mord an dem Minister für religiöse Minderheiten erneut ein Mann wegen angeblicher Gotteslästerung auf offener Straße erschossen worden. Wie die Zeitung „Dawn“ am Samstag berichtete, wurde der Tagelöhner Mohamed Imran an einer Bushaltestelle außerhalb der Stadt Rawalpindi von drei unbekanntenen Männern getötet.

Imran war erst vor zwei Wochen aus der Haft entlassen worden. Er war im April 2009 wegen Verdacht auf Prophetenbeleidigung ins Gefängnis gekommen. Mitte Februar kam er wieder frei, nachdem es der Staatsanwaltschaft nicht gelungen war, die Verdachtsmomente zu erhärten. Hintergrund der Strafanzeige sollen persönliche Rachegründe sein.

Am Mittwoch war Pakistans Minister für religiöse Minderheiten, Shahbaz Bhatti, unweit seiner Wohnung in der Hauptstadt Islamabad erschossen worden. Der 42-jährige Katholik war der einzige Christ in der Regierung. Bhatti ist der zweite prominente Politiker in zwei Monaten, der ermordet wird. Er hatte Pakistans harsches Blasphemie-Gesetz kritisiert. Anfang Januar wurde der einflussreiche Gouverneur Salman Taseer von seinem eigenen Leibwächter erschossen, weil er für eine Änderung des Gesetzes war. Das Blasphemie-Gesetz sei „ein schwarzes Gesetz“, hatte er zuvor erklärt.

Menschenrechtsorganisationen fordern seit langem eine Revision der entsprechenden Paragraphen, wonach Gotteslästerung mit dem Tode bestraft werden kann. Meist sind es banale Streitigkeiten zwischen Nachbarn, die der wahre Anlass sind, kritisieren sie. Im November 2010 war die 45-jährige Christin Asia Bibi zum Tod am Galgen verurteilt wurde, weil sie sich abfällig über den Propheten geäußert haben soll. Sie bestreitet die Vorwürfe. Die beiden ermordeten Politiker hatten sich für eine Begnadigung der fünffachen Mutter eingesetzt.

Menschenrechtler: Gewalt in Simbabwe dauert an

Johannesburg (epd). Menschenrechtler in Simbabwe beklagen eine anhaltende Unterdrückung der Opposition. Präsident Robert Mugabe wolle Demokratiebewegungen nach nordafrikanischem Vorbild bereits im Keim ersticken, sagte der Anwalt Alec Muchadehama am Freitag in Johannesburg. Mugabes Botschaft laute, Proteste wie in Nordafrika dürften nicht einmal erwogen werden, „sonst werdet ihr gefoltert, verhört und verhaftet“.

Muchadehama vertritt 45 Menschen, die vor einer Woche festgenommen wurden, als sie sich ein Video über die Unruhen in Ägypten ansahen. Den 45 Männern und Frauen wird Hochverrat vorgeworfen. Sie sitzen in Untersuchungshaft, eine formelle Anklage gibt es noch nicht.

Ein Protestaufruf über die Internet-Dienste Facebook und Twitter in Simbabwe fand bisher noch keine Resonanz. Die Journalistin Faith Zaba von der simbabwischen Zeitung „Sunday Independent“ sagte, aus Angst vor Repressalien traue sich kaum jemand, Facebook zu nutzen. „Die Regierung beobachtet Facebook“, sagte sie bei einer Konferenz der US-Organisation „Freedom House“ in Johannesburg.

Dumisani Nkomo, Sprecher einer Bürgerbewegung in Simbabwe, klagte über eine große digitale Kluft in seinem Land. Wegen der seit einem Jahrzehnt anhaltenden wirtschaftlichen und politischen Krise sei das Internet nicht sehr weit verbreitet. Zudem plane Mugabe eine massive Internet-Kontrolle ähnlich wie in China.

Mugabe, der Simbabwe seit 1980 regiert, steht wegen der Vertreibung weißer Farmer, Übergriffen gegen Oppositionelle, Wahlbetrug und Beschränkung der Pressefreiheit in der Kritik. Nach massivem internationalen Druck ging er im Februar 2009 eine Koalitionsregierung mit der oppositionellen „Bewegung für Demokratischen Wandel“ ein. Oppositionsführer Morgan Tsvangirai wurde Premierminister. Die Menschenrechtsverletzungen dauern aber an. Selbst Minister fühlen sich von Mugabes Leuten bedroht.

„Ärzte ohne Grenzen“: Zehntausende im Sudan auf der Flucht

Berlin (epd). Im Grenzgebiet zwischen Nord- und Südsudan sind nach Angaben von „Ärzte ohne Grenzen“ Zehntausende Menschen vor Kämpfen geflohen. Die Stadt Abeyi sei nahezu verlassen, teilte die Hilfsorganisation am Freitag mit. Das ölreiche Gebiet Abeyi um die gleichnamige Stadt ist zwischen dem Nordsudan und dem in die staatliche Unabhängigkeit strebenden Südsudan umstritten.

Am Sonntag brachen Kämpfe zwischen dem Volk der Dinka Ngok und den arabisch geprägten Viehnomaden der Misseriya aus. Mehr als 70 Menschen wurden getötet.

Entwicklung

Die Bewohner von Abeyi sollen in einem eigenen Referendum entscheiden, ob sie zum Nord- oder Südsudan gehören wollen. Ein Termin dafür steht noch nicht fest.

Der Südsudan soll am 9. Juli seine Unabhängigkeit erlangen. In einer Volksabstimmung Mitte Januar hatten fast 99 Prozent der Südsudanesen für die staatliche Selbstständigkeit votiert.

„Ärzte ohne Grenzen“ betreut nach eigenen Angaben Verwundete in Agok, 40 Kilometer südlich von Abyei. Es seien 21 Patienten mit Schussverletzungen eingeliefert worden, teilte das Hilfswerk mit.

Kriegsverbrechen im Kongo: Ruander kommen in Stuttgart vor Gericht

Stuttgart (epd). Zwei Männer aus Ruanda kommen in Stuttgart wegen Kriegsverbrechen im Kongo vor Gericht. Das Oberlandesgericht ließ die Anklage des Generalbundesanwalts gegen Ignace Murwanashyaka (47) und Straton Musoni (49) unverändert zur Hauptverhandlung zu, wie das Gericht am Freitag mitteilte. Die beiden Ruander werden für die Tötung von mehr als 200 Menschen, Vergewaltigungen und den Einsatz von Kindersoldaten unter ihrem Kommando verantwortlich gemacht.

Der voraussichtlich im Mai beginnende Prozess ist der erste in Deutschland, der nach dem 2002 in Kraft getretenen Völkerstrafgesetzbuch geführt wird. Die beiden Ruander sollen von Deutschland aus die Strategie von Rebellen im Osten Kongos gesteuert haben. Die zwei Männer sind seit November 2009 in Haft. Die Anklage wirft ihnen 39 Kriegsverbrechen, 26 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung FDLR vor.

Murwanashyaka wird zudem verdächtigt, der Rädelsführer dieser Organisation gewesen zu sein. Deren Ziel ist es laut Anklage, die Regierung von Präsident Paul Kagame in Ruanda zu stürzen. Die FDLR (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas) ist eine von Hutus aus Ruanda gegründete Miliz.

Nach dem Völkermord an der Tutsi-Minderheit 1994 in Ruanda waren viele Hutu-Extremisten in den Kongo geflohen. Aus ihren Reihen wurde auch die FDLR gegründet. Murwanashyaka hatte seit 2001 als Präsident der FDLR firmiert, Musoni als sein Stellvertreter. Die Verbrechen, die ihnen im Kongo zur Last gelegt werden, geschahen zwischen Januar 2008 und November 2009.

Einem weiteren Führungsmitglied der FDLR, dem frühere Exekutivsekretär Callixte Mbarushimana, droht ein Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Die Richter wollen im Juli über die Eröffnung eines Verfahrens wegen

Kriegsverbrechen entscheiden. Mbarushimana war Ende Januar von Frankreich dem Gericht in Den Haag übergeben worden.

In Frankfurt am Main steht bereits seit Mitte Januar ein Ruander vor Gericht. Dem ehemaligen Bürgermeister Onesphore Rwabukombe, der seit 2002 in Deutschland lebt, wird Beteiligung am Völkermord von 1994 in Ruanda vorgeworfen. Er soll drei Massaker befiehlt haben, bei denen mehr als 3.700 Menschen getötet wurden.

Nach dem Weltrechtsprinzip sind Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unabhängig von Tatort oder der Nationalität von Tätern und Opfern überall auf der Welt strafbar. Das Völkerstrafgesetzbuch regelt solche Verfahren in Deutschland.

Westerwelle besorgt über Lage in Elfenbeinküste

Berlin (epd). Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) hat sich besorgt über die wachsende Gewalt in der Elfenbeinküste gezeigt. Die Situation berge die Gefahr eines Bürgerkriegs und einer Flüchtlingskatastrophe mit erheblichen Folgen für die gesamte Region, sagte Westerwelle am Montag in Berlin. Seit Ende vergangenen Jahres haben Berichten zufolge mehr als 70.000 Ivorer wegen der anhaltenden Unruhen das Land verlassen.

Westerwelle forderte den bei der Präsidentenwahl unterlegenen Staatschef Laurent Gbagbo auf, jegliche Gewalt sofort zu beenden. Gbagbo solle umgehend die Macht an den rechtmäßig gewählten Präsidenten Alassane Ouattara übergeben. „Ich fordere alle Seiten zu verantwortlichem Handeln und Mäßigung auf“, ergänzte der Außenminister.

Obwohl Ouattara international anerkannter Sieger der Wahl Ende November ist, weigert sich Gbagbo bislang, die Macht abzugeben. Die UN warnten kürzlich vor einem neuen Bürgerkrieg.

Impressum

Herausgeber / Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH, Emil-von-Behring-Str. 3
60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann.
Amtsgericht Frankfurt am Main,
HRB 49081
USt-ID-Nr. DE 114 235 916
GEP-Verlagsleiter: Frank Hinte.
**Chefredakteur der
epd-Zentralredaktion:**
Dr. Thomas Schiller.

epd-Landesdienste: Nord
(Hamburg), Ost (Berlin),
Niedersachsen- Bremen
(Hannover), West (Düsseldorf),
Hessen (Frankfurt am Main),
Rheinland-Pfalz/Saarland (Speyer),
Südwest (Stuttgart/Karlsruhe),
Bayern (München).

epd-Zentralredaktion
Nachrichtenchef: Karsten Frerichs
(verantwortlich i.S.v. § 55 RStV);
Agenturdesk Text: Renate
Kortheuer-Schüring, Stefan Fuhr,
Jürgen Prause; **Kirche u. Politik:**
Rainer Clos (Ltg.), Stephan
Cezanne, Angela Göltzsche;
Entwicklung u. Politik: Elvira
Treffinger (Ltg.), Natalia Matter;
Sozialpolitik: Markus Jantzer
(Ltg.), Dirk Baas; **Medien u. Kultur:**
Diemut Roether (Ltg.), Ellen Nebel,
Michael Ridder. **Bundesbüro
Berlin:** Jutta Wagemann, Bettina
Markmeyer.

Verlag/Bestellservice:
Tel: 069-58098-0
Fax: 069-58098-226
E-Mail: kundenservice@epd.de

Redaktion:
Tel: 069-58098-333
Fax: 069-58098-122
E-Mail: nachrichten@epd.de.

Erscheinungsweise:
fünfmal wöchentlich (Mo.-Fr.)
Bezugspreis für die
epd-Zentralausgabe per E-Mail:
monatlich 50 €
Die epd-Zentralausgabe darf nur
mit Zustimmung des Verlags
weiterverwertet, gedruckt, gesendet
oder elektronisch kopiert und
weiterverbreitet werden. Jede
Haftung für technische Mängel oder
Mängelfolgeschäden ist
ausgeschlossen.